

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbeiträge werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: J. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Altkreis Bochum.

Es geht vorwärts!

Wollte man sich um das Schicksal der Organisation traten die Vertrauensleute unserer Verbandskameraden alsbald nach Kriegsausbruch zusammen und berieten nach bestem Wissen und Können, was zur Aufrechterhaltung unserer Vereinigung in dieser stürmischen, vieles umwälzenden Zeit unbedingt zu tun sei. Bald liegen zwei Jahre eines in der Weltgeschichte beispiellosen Krieges hinter uns. Wie hat ihn der Bergarbeiterverband bisher überstanden?

Wir dürfen ruhig aussprechen: Innerwartet gut! Der Organisationsapparat ist, von den aufregendsten ersten Kriegswochen abgesehen, im großen und ganzen stets intakt geblieben. Unter den circa 50 000 Mitgliedern, die bisher zu Kriegsdiensten einberufen wurden, befindet sich eine sehr große Zahl unserer besten Funktionäre und agitatorischen Kräfte. Das mußte zuerst große Störungen im Verbandsleben bewirken und sie sind nicht ausgeblieben. Ausgeblieben sind natürlich darum auch nicht Verluste an Mitgliedern und an finanziellen Einnahmen. Wie an allen anderen Arbeitergewerkschaften, so hat der Bergarbeiterverband auch an dem „alten“ Bergarbeiterverband heftig gekämpft. Dürre Winter, schwache Schöflinge fielen ab.

Aber der kräftige Stamm hielt sich! Er hat abermals, wie bereits wiederholt in Sturmzeiten, seine urwüchsige Knorrigkeit bewiesen! Die Grundlage ist gesund, der Bau ist solide.

Allen Freunden und Kameraden, die sich hingebend und opferfreudig um die Erhaltung und Kräftigung des Bergarbeiterverbandes bemühen, wird es gewiß eine große Freude machen, zu hören, daß der „alte Verband“ nicht nur seine Wetterfestigkeit auch während des Krieges bewiesen hat, sondern daß er nun auch wieder vorwärts schreitet, besser sogar als in manchen Friedensjahren.

Selbstredend wird die alte Mitgliedschaft immer noch verringert durch weitere militärische Einberufungen. Dagegen können wir nichts machen. Dagegen sind die Austritte weit geringer als in den meisten Jahren vor dem Kriege. Das ist ein gutes Zeichen und lehrt, daß unsere rührigen Ortsverbände sich mit Erfolg Mühe geben, trotz der gesteigerten Schwierigkeiten infolge der enormen Lebensmittelpreiserhöhung die Mitglieder zusammenzuhalten.

Überblicken wir gar die Zahl der an die Zentrale gemeldeten Anmeldungen neuer Mitglieder, so müssen wir sagen, daß sie in Anbetracht der Zeitverhältnisse überraschend groß ist. Sind doch allein vom Anfang des laufenden Jahres an bis Ende Mai dem Zentralbureau 5182 Anmeldungen neuer Mitglieder zugegangen!

Alle Bezirke sind an diesem hoch erfreulichen Erfolg beteiligt, manche haben sich durch einen ganz besonderen Agitationseifer ausgezeichnet. Die Anmeldungen halten seit Jahresbeginn von Monat zu Monat eine steigende Richtung bei. Im Januar wurden 873, im März 887, im Mai 1382 neue Mitglieder an-

gemeldet. Soweit sich bisher übersehen läßt, ist auch im Juni eine verstärkte Mitgliederzahl gewonnen worden. Mit 6000 Neuaufnahmen können wir für das erste Halbjahr 1916 ganz sicher rechnen.

Der Dank für diesen schönen, in jetziger Zeit doppelt erfreulichen Erfolg gebührt allen agitatorisch tätigen Kameraden. Sie haben das „Geheiß der Stunde“ richtig begriffen. Es heißt: Organisation, nicht Zersplitterung! Einigkeit, nicht Zersplitterung des Zusammenhalts!

Arbeitet weiter auf diesem Wege, Kameraden! Beherrschet, daß nicht der „gute Wille“ wohlmeinender Persönlichkeiten (die wir selbstredend nicht zurückweisen), sondern der beharrliche Wille zur organisierten Selbsthilfe der Arbeiterschaft eine bessere Stellung verschaffen muß. Galtet vor wie nach alle zerrüttenden Streitigkeiten von unserem Verbands fern! Was an Meinungsverschiedenheiten über gewerkschaftliche Aufgaben auftaucht, das diskutiert kameradschaftlich. Schließlich wird die oberste Instanz unseres Verbandes, die Generalversammlung, zu entscheiden haben. Der einstimmige Beschluß unseres Aktionsausschusses hat bereits gezeigt, daß der Wille zur Einmütigkeit in unseren Verbänden alle Meinungsunterschiede übersteigt. So muß es sein, so muß es bleiben, wenn der Verband weiter vorwärts schreiten soll.

Der Aktionsausschuss hat bekanntlich mit dem Gesamtvorstand einmütig beschlossen, den Kriegsdienst leistenden Mitgliedern auch die Kriegsdienstzeit als Mitgliedszeit anzurechnen. Dieses Entgegenkommen müssen die vom Heere entlassenen Mitglieder ausnützen, indem sie sich sofort wieder bei ihrer Ortsverwaltung anmelden. Achtet darauf, Kameraden, damit jene Mitglieder und der Verband keinen Schaden leiden.

Achtet vor allen Dingen darauf, daß immer noch viele tausende unorganisierte Kameraden in jedem Revier, in den großen sogar noch zehntausende vorhanden und zu gewinnen sind. Gerade die Unorganisierten heitern am stärksten den Erfolg der Arbeiterbewegung. Beringern wir dieses Geminnis unausgeseht.

Also steht der Verband fest und wird unerschütterlich allen zukünftigen Stürmen trogen, wenn das Vorwärtsschreiten wie im bisherigen Verlaufe des Jahres anhält. Das ist möglich, aber auch absolut notwendig. Fasse nun jedes Verbandsmitglied den festen Vorsatz, bis zum Jahreschluss mindestens je ein neues Mitglied für die Organisation zu gewinnen! Das ist möglich, aber auch absolut notwendig.

Tut alle eure Pflicht! Wetteifere jeder Bezirk, jede Zahlstelle in dem Bestreben, die größte Zahl neuer Mitglieder zu werben und die Gewonnenen zu behalten. Dann geht es weiter vorwärts mit dem Verband. Dem vorwärts müssen wir!

Wie werden sich die Löhne nach dem Kriege gestalten?

Diese Frage wurde schon von der „Industrie“ (Nr. 14 vom 1. April 1916) in einem Artikel, worin erörtert wurde, ob eine Fortsetzung kommen und vom Bergbau getragen werden könne, wie folgt beantwortet:

„Es wird trotz dieser voraussetzenden strengen Steueranpassung jederzeit vielleicht keine nochmalige nennenswerte Erhöhung der Kohlenpreise eintreten brauchen, weil ja nach dem Kriege ein gewisser Abbau der Steuerumlagen und sonstigen Kriegslasten eintreten wird und gleichwohl mit intensiverer Produktionsleistung gerechnet werden kann.“

Also Gerabdrücken der Löhne und Steigerung der Arbeitsleistungen nach dem Kriege! Dieses „soziale Programm“ verkündete ein Werksbesitzerorgan den Bergleuten schon am 1. April 1916, jedenfalls damit sie sich damit vertraut machen können.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 25 vom 18. Juni 1916) beantwortet die Frage der Lohngestaltung nach dem Kriege wie folgt:

„Wie werden sich die Löhne nach Friedensschluss gestalten? Diese Frage wirft wohl jeder auf, der einen Blick auf die heutige Entwicklung der Löhne wirft und oft genug mit Entsetzen feststellen muß, zu welcher Höhe diese unter den besonderen Verhältnissen der Kriegswirtschaft emporgeschossen sind... Wenn die Arbeiterschaft sich darauf versteht, die hohen Löhne beizubehalten, dann wird eine schnelle und kräftige Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens auf große Hindernisse stoßen. Wir werden immerhin nach dem Kriege noch mit einem besonders starken Wettbewerb des Auslandes zu rechnen haben, und nur bei günstigen Produktionsverhältnissen wird es möglich sein, diesen Kampf siegreich zu bestehen.“

Mit Entsetzen wird hier festgestellt, zu welcher Höhe die Löhne emporgeschossen sind, obwohl die Lohnsteigerungen auch nicht annähernd gleichen Schritt hielten mit der Wertenerkung der gesamten Lebenshaltung und ebenfalls weit hinter den vielfach erzielteten Kriegsgewinnen zurückblieben. Die Lebenshaltung wird voraussichtlich nach dem Kriege zunächst noch fortbestehen, trotzdem sollen die erstaunlich emporgeschossenen Löhne abgebaut und die Arbeitsleistungen erhöht werden, denn nur bei günstigen, d. h. billigen Produktionsverhältnissen wird es möglich sein, den Kampf mit dem besonders starken Wettbewerb des Auslandes siegreich zu bestehen. Mit anderen Worten, der infolge des Krieges verlorene Auslandsmarkt soll hauptsächlich auf Kosten der deutschen Arbeiter zurückerobert werden.

Daß dieses „soziale Programm“ der beiden Werksbesitzerorgane von den Werksbesitzern nach dem Kriege durchgeführt wird, wenn die Arbeiter nicht zu starker Abwehr bereit sind, unterliegt keinem Zweifel. Dafür sprechen schon die Erfahrungen nach dem Kriege 1870/71. Während des Krieges und un-

mittelbar nachher stiegen auch da die Löhne. Die Durchschnittslöhne der Sauer im Ruhrbergbau betrugen pro Schicht 1870: 2,75 Mk., 1871: 3 Mk., 1872: 4,50 Mk., 1873: 5 Mk. Dann aber ging es mit Riesenschritten bergab und zwar betrugen die Durchschnittslöhne der Sauer 1874: 4 Mk., 1875: 3,80 Mk., 1876: 3 Mk., 1877: 2,56 Mk., 1878: 2,66 Mk., 1879: 2,55 Mk. Die Sauerlöhne sind also von 1870 bis 1879 um 2,25 Mk. pro Schicht gestiegen, von 1873 bis 1879 aber um 2,45 Mk. gesunken. Im Jahre 1888, das der Gründung unseres Verbandes voranging, betrugen die Sauerlöhne erst 2,96 Mk. pro Schicht, standen mithin noch 2,04 Mk. niedriger wie 1873. Die ganze Wucht des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der den Gründerjahren nach dem Kriege von 1870/71 folgte, traf also hauptsächlich die Arbeiter, weil die zur Abwehr notwendige Organisation fehlte. So wird es auch diesmal kommen, wenn die Arbeiter nicht zu starker Abwehr bereit sind. Die Ausführungen der beiden Werksbesitzerorgane lassen darüber keinen Zweifel.

Die Lohngestaltung nach dem jetzigen Kriege wird also abhängig sein von der Stärke der Arbeiterorganisationen. Das beweist auch die bisherige Lohnentwicklung. Erst seit dem großen Bergarbeiterstreik und der Gründung unseres Verbandes im Jahre 1889 haben sich die Lohnverhältnisse günstiger gestaltet. Die Durchschnittslöhne der einzelnen Arbeiterklassen im Ruhrbergbau betrugen in den Jahren mit dem höchsten und niedrigsten Lohnstand, sowie im Jahre 1888, das der Gründung unseres Verbandes voranging, pro Schicht (in Mark):

	Sauer und Lehrhauer	sonstige Unter- tagsarbeiter	erwachsene Ueber- tagsarbeiter	jugendliche Arbeiter
1873	5,00	?	?	?
1879	2,55	2,05	2,24	1,02
1883	3,15	2,25	2,36	1,06
1886	2,92	2,17	2,35	1,00
1888	2,96	2,34	2,37	1,01
1891	4,08	2,95	2,85	1,23
1893	3,71	2,59	2,70	1,11
1900	5,16	3,36	3,32	1,28
1902	4,57	3,22	3,25	1,19
1907	5,98	4,04	3,88	1,38
1909	5,93	3,92	3,83	1,30
1913	6,47	4,54	4,34	1,46
1914	6,17	4,49	4,35	?
1915	6,54	4,75	4,65	?

Die amtliche Lohnstatistik, der diese Angaben von 1879 ab entnommen sind, wurde erst 1878 eingeführt, für die vorhergehende Zeit liegen Angaben über die Lohnhöhe der einzelnen Arbeiterklassen nicht vor. Immerhin gibt diese Zusammenstellung auch einen Anhalt über die Lohnentwicklung vor und nach Gründung unseres Verbandes. Die Sauerlöhne waren damals 1879 um 2,45 Mk. gleich 49,0 Prozent, 1888 um 2,04 Mk. gleich 40,8 Prozent pro Schicht niedriger wie im Jahre 1873. Wenn auch nach wie vor die Lohnsteigerungen außerordentlich stark waren, so ist doch unverkennbar, daß sich die Lohnverhältnisse

seit dem großen Bergarbeiterstreik und der Gründung unseres Verbandes im Jahre 1889 außerordentlich gebessert haben. Und zwar sind die Löhne der Arbeiter am stärksten gestiegen, die verhältnismäßig am zahlreichsten organisiert waren. So waren im Jahre 1913 höher wie im Jahre 1888 die Durchschnittslöhne der

Sauer und Lehrhauer . . . um 2,51 Mk. = 118,6 Prozent
sonst. Untertagsarbeiter . . . um 2,20 Mk. = 94,0 Prozent
erwachs. Ubertagsarbeiter . . . um 1,97 Mk. = 83,1 Prozent
jugendlichen Arbeiter . . . um 0,45 Mk. = 44,5 Prozent

Die Sauer und Lehrhauer waren immer verhältnismäßig am stärksten organisiert, dann folgen im weiten Abstand die sonstigen Untertagsarbeiter, und in noch weiterem Abstand die erwachsenen Ubertagsarbeiter, während die jugendlichen Arbeiter fast ganz abseits standen. Entsprechend der Stärke der Organisationszugehörigkeit hat sich also auch die Lohnentwicklung der einzelnen Arbeiterklassen gestaltet.

Außer den Ausführungen der „Industrie“ und der „Arbeitgeber-Zeitung“ spricht auch alles andere dafür, daß die Lohnentwicklung in Zukunft ebenfalls von der Stärke der Arbeiterorganisationen abhängig sein wird. Nach dem Kriege werden die Werksbesitzer sicher alles versuchen, die verlorenen Absatzgebiete im Ausland wiederzugewinnen. Das wird nur im Wettbewerb mit einer starken Auslandskonkurrenz möglich sein. Die billigen Preise werden das Feld behaupten. Billige Preise setzen aber niedrige Selbstkosten, d. h. hauptsächlich hohe Arbeiterleistungen und niedrige Löhne voraus. Was liegt nun näher, als daß man versuchen wird, die Arbeiterleistungen zu steigern und die Löhne immer mehr herunterzudrücken, um den Wettbewerb mit der Auslandskonkurrenz siegreich bestehen zu können. Zudem gehören die Löhne ja auch zu dem Teil der Selbstkosten, der sich am leichtesten herunterdrücken läßt, wenn man es mit einer schlecht organisierten Arbeiterschaft zu tun hat.

Wer glaubt, daß es anders kommen könnte, gibt sich einer Täuschung hin, der ein schlimmes Erwachen folgen wird. Die Werksbesitzer sind Geschäftsleute, die ihre Werke nicht betreiben oder betreiben lassen, um anderen zu nützen, sondern um sich auf Kosten anderer zu bereichern. Sie haben daher das von ihrem Geschäftspunkt aus ganz natürliche Bestreben, die Verkaufspreise herauf- und die Selbstkosten, wozu auch die Löhne gehören, herunterzudrücken. Je mehr die Verkaufspreise die Selbstkosten übersteigen, um so höher ist ihr Gewinn. Der Streit zwischen Arbeitern und Werksbesitzern dreht sich darum hauptsächlich um den Produktionsertrag, an dem der Stärkere naturgemäß den größten Anteil hat, da der Schwächere sich mit dem begnügen muß, was ihm zugemessen wird. Nur wenn beide Teile möglichst gleich stark sind, wird die Verteilung eine gerechte sein.

Die Werksbesitzer wollen aber ihr bisheriges Uebergewicht behaupten und arbeiten darum fieberhaft an dem Ausbau ihrer Organisationen. Als das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat im vorigen Jahre zu scheitern drohte, hat die Regierung sogar auf Grund einer besonderen Bundesratsverordnung vom 30. August 1915 betr. die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Stein- und Braunkohlenbergbau, ein Zwangsyndikat in Aussicht gestellt, falls eine freiwillige Einigung nicht erfolgen würde und dadurch die Werksbesitzer in einem Uebergangsyndikat zusammen gezwungen.

Das Uebergangsyndikat kam nur für 1 1/2 Jahre für die Zeit bis zum 31. März 1917 zustande. Wenn bis zum 31. Dezember 1916 keine Verständigung über ein Daueryndikat erzielt wird, beginnt der freihändige Verkauf für die Zeit nach dem 31. März 1917. Weil aber alle bisherigen Verständigungsversuche an der Fahigkeit der Werksbesitzer scheiterten, hat der Handelsminister nach der „Rh.-Westf. Stg.“ vom 23. Juni dem Kohlenyndikat wissen lassen, daß bis zum 15. Oktober d. J. eine endgültige Entscheidung über ein Daueryndikat herbeigeführt sein müsse, da sonst die Vorbereitungen für ein Zwangsyndikat in die Wege geleitet würden.

Nur unter dem Druck der Zwangsverordnung ist das jetzige Uebergangsyndikat zustande gekommen und unter dem gleichen Druck soll ein Daueryndikat geschaffen werden. Wo die Werksbesitzer sich nicht freiwillig einigen können, zwingt sie also der Staat in einer Organisation zusammen. Es gibt da nur ein Entweder — Oder. Erfolgt die Einigung nicht freiwillig, wird ein Zwangsyndikat durch den Staat eingeführt.

Der Staat unterstützt also nicht nur die Organisationsbestrebungen der Werksbesitzer, sondern zwingt sie evtl. zusammen. Was aber dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Die Arbeiter verlangen zwar keine staatliche Zwangsorganisation, aber sie brauchen größere Bewegungsfreiheit, um ihre unorganisierten Klassenangehörigen eventuell durch gesetzlich und förmlich erlaubten Zwang zur Organisation zu bringen. Wenn der Staat die Werksbesitzer in einer Organisation zusammenzwängt, muß er den Arbeitern auch diese Bewegungsfreiheit einräumen.

Von der Stärke ihrer Organisationen wird das Wohl der Arbeiter nach dem Kriege noch mehr abhängen, wie es vorher der Fall war. Auch die Opfer an Gut, Blut und Leben, welche die Arbeiterschaft in diesem Kriege gebracht, werden nur dann gebührend gemeldet, wenn ihre Organisationen stark sind. Wo aber jenseit auf dem Spiele steht, fordert die Pflicht der Selbsthaltung, daß sich jeder Arbeiter seiner Organisation anschließt. Wer weiter im Schatten der Organisation alle Vorteile der selben genießen will, ohne zu den Opfern beizutragen, schadet dem Gemeinwohl und muß auch demgemäß behandelt werden können.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Dynamitgewinne.
Die Dynamit-Attien-Gesellschaft vorm. Nobel & Co. in Hamburg erzielte im Jahre 1915 nach Deduktion der allgemeinen Kosten, Zinsen, Steuern usw. in Höhe von 4 603 988 Mk. (im Vorjahre 1 381 547 Mk.), der Abschreibungen von 3 000 000 Mk. (im Vorjahre 1 320 000 Mk.) und Rückstellungen von 1 000 000 Mk. zum Erneuerungsfonds einen Reingewinn von 16 801 204 Mk. (im Vorjahre 3 608 096 Mk.). Der Reingewinn ist also trotz der riesigen Abschreibungen und Rückstellungen um 13 193 108 Mk. gleich 365,7 Prozent gestiegen.

Die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Fabrik in Berlin erzielte im Jahre 1915 einen Betriebsergebnis von 5 575 474 Mk. gegen 3 451 753 Mk. im Vorjahre. Der Reingewinn beträgt 5 282 945 Mk. (im Vor-

Jahre 2 733 784 Mt.), ist also um 2 540 161 Mt. gleich 93,3 Prozent gestiegen.

Die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-Fabrik, die im Jahre 1915 nach Abzug der Ausgaben für die umfangreichen Erweiterungen und Neuanlagen einen Betriebsergebnis von 8 481 187 Mt. gegen 8 288 795 Mt. im Vorjahre und einen Ueberschuß von 2 780 632 Mt. gegen 1 640 484 Mt. im Vorjahre. Der Ueberschuß ist mithin um 1 140 148 Mt. gleich 80,5 Prozent gestiegen.

Die Vereinigten Albin-Rothweller Pulverfabriken zu Berlin erzielten im Jahre 1915 einen Betriebsergebnis von 18 100 054 Mt. gegen 8 870 800 Mt. im Vorjahre und einen Ueberschuß von 14 540 000 Mt. gegen 6 542 877 Mt. im Vorjahre. Der Ueberschuß ist mithin um 7 997 123 Mt. gleich 122,3 Prozent gestiegen.

Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken zu Berlin erzielten 1915 einen Betriebsergebnis von 14 735 442 Mt. gegen 9 588 710 Mt. im 1914 und 7 430 740 Mt. im 1913 und einen Ueberschuß von 12 487 782 Mt. gegen 8 183 130 Mt. im 1914 und 6 784 658 Mt. im 1913. Der Ueberschuß ist also gegen 1914 um 4 304 646 Mt. gleich 52,6 Prozent, gegen 1913 sogar um 5 703 228 Mt. gleich 115,9 Prozent gestiegen.

Diese mächtigsten Gewinnsteigerungen lassen schon erkennen, in welcher Weise die „Kriegskonjunktur“ von den Dynamitfabrikanten, unter denen sich unsere bekanntesten Industriegewaltigen befinden, ausgenutzt wird. Die Gewinnsteigerungen sind derart, daß teilweise Steigerungen gemacht werden, um die Gewinne kleiner erscheinen zu lassen. Wie versucht wird, die Gewinne zu verschleiern, ergibt sich aus einer Aufschrift an das Bochumer „Vollblatt“ zu der Generalversammlung der Sprengstoffwerke Güttauf in Hamburg, die Ende April in Bochum stattfand. In dieser Aufschrift heißt es u. a.:

„Den zur Versammlung erschienenen Presseleuten wurde erklärt, man könne die Zulassung nicht gestatten, sei aber gern bereit, nach Beendigung der Versammlung einen fertigen Bericht zur Verfügung zu stellen. Dieser „Bericht“ kam denn auch heraus: ein hektographiertes Blättchen mit den Abschlüssen und der angefügten Bemerkung, daß die auf 300 Mark pro Aktie festgesetzte Dividende sofort zahlbar sei. Die Drückfertigkeit der Aufschrift gab allen Anlaß zu nochmaliger Nachfrage, auf die aber lediglich der Bescheid erteilt wurde, sonst sei wesentliches nicht beschlossen worden, der Geschäftsgang habe sich normal entwickelt, über die Auskünfte lasse sich wenig sagen. In Wirklichkeit war in der Versammlung ein Beschluß von recht wesentlicher Bedeutung gefaßt worden, ein Beschluß, der nicht nur für den kleinen Kreis der Gläubiger-Aktionäre, sondern darüber hinaus für die allerbreiteste Öffentlichkeit ein ziemlich starkes Interesse hat. Nach diesem Beschlusse erhalten die Aktionäre des durch die Einwirkungen des Krieges offenbar nicht ungenügend beeinträchtigten Unternehmens, abgesehen von der in dem „Bericht“ schon erwähnt aufgeführten Dividende von 30 Prozent, außerdem auf jede Aktie eine neue, die ebenfalls eine neue, die überdies an der Dividendenzahlung für das abgelaufene Jahr ebenfalls mit 30 Prozent teilnimmt. Wir verlassen uns in der Wiederholung dieser Angaben auf die Mitteilungen einer Nachrichtenstelle, die diese wertvolle Ergänzung des von der Verwaltung zurechtgemachten „Berichts“ offenbar der Unbilligkeit eines Versammlungsteilnehmers verdankt. Die Sache wird noch um einen Stich pilant, wenn man den Kurszettel zur Rate zieht. Am Sonnabend, den 29. April, wurde dem Schreiber dieser Zeilen von Bankseite auf Anfrage der ungefähre Kurs der Güttauf-Aktien mit 450 Prozent angegeben. Die Aktionäre erhalten also tatsächlich als Gewinntrag des abgelaufenen Kriegs-Geschäftsjahres 1915 in Form der Gratis-Aktie 450 Prozent, als Dividende auf die alte Aktie 30 Prozent, als Dividende auf die neue Aktie 30 Prozent, das ergibt nach Adam Riese zusammen 510 Prozent!“

Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken haben 1914, um die Dividende äußerlich niedriger erscheinen zu lassen, ihr bis dahin 15 Millionen Mark betragendes Aktienkapital durch Ausgabe von 15 Millionen Mark jungen Aktien, die zu dem sehr niedrigen Kurse von 100 Prozent nicht 7 Prozent für die Emissionskosten ausgegeben wurden, „verwässert“. Obwohl „die bereits im Vorjahre begonnenen Erweiterungen und Verbesserungen fortgesetzt wurden, um die Leistungsfähigkeit der Werke mit allen Kräften zu steigern“, enthält der Geschäftsbericht nichts über den dadurch entstandenen Vermögenszuwachs. Die Kosten wurden also auf dem Wege innerer Abschreibungen sofort abgeschrieben, wobei ebenfalls ein namhafter Teil des Gewinns verstreut wurde. Ein weiterer erheblicher Teil des Gewinns ist auf dem Maschinenkonto „untergebracht“, das nur mit 1 Mark in der Bilanz steht, obwohl infolge der starken Beschäftigung zweifelslos große Anlagen notwendig waren und sicher auch gemacht wurden. Die Kosten hierfür sind also abgeschrieben worden, stellen mithin einen Teil des Gewinns dar.

Wucher.

Ja, geklagt sei es dem Schöpfer,
Uns bewahren heute leider
Hilfsverheerter, Gauger, Schöpfer,
Wanzen, Schufte, Halsabschneider.

Diese Viehern und Behäbigen
Schlagen unsrer Not ein Schnippchen,
Denn der Ausbund alles Schätigen
Kocht am Weltbrand sein Süppchen.

Wie verheerende Geschwüre
Wirkt das heimliche Verbrechen
Der Schmeißer und Vampyre,
Die den Leib des Fleisches schwächen.

Aber wartet! Die sich täglich
Dreißer ihren Beutel stopfen,
Wird der Kiste bald und eilig
Auf die fetten Finger klopfen. (Peter im „Tag“.)

Was die Bibel über den Wucher sagt.

Allen denen, die aus der Not des Volkes glänzendes Gold münzen, wird es herzlich gleichgültig sein, was die Bibel über ihr gemeinlichstes Tun sagt. Der Hinweis darauf wird auch keine Veränderung der gegenwärtigen Verhältnisse bewirken — wer da warten wollte, bis sich die christlichen Sittengesetze durchgesetzt haben und damit dem Wucher die Wurzel abgegraben ist, wird darüber hinwegsehen; nur die energische und rücksichtslose Gesetzbildung und Anwendung der weltlichen Gesetze kann dem Wucher den Boden entziehen — aber es ist doch recht interessant, einmal an einigen Beispielen zu zeigen, wie sich die Bibel mit fester Klarheit und Deutlichkeit über die Geld- und Kornwucherer und alle jene, die fast und gleichgültig den Hunger der Armen zum Mittel der Geldgierigkeit benutzen, äußert. Es sind recht scharfe Worte, die die Bibel findet über jene, die die Elenden verderben und von ihnen ein Blutgeld nehmen. Nur wenige Stellen sind es, die wir zitieren, aber sie dürften zur Illustration genügen:

„Wenn du etwas deinem nächsten verkaufst oder ihm abtaufst, soll keiner seinen Bruder überreden.“ (3. Buch Moses, 25, V. 14.)

„Wenn du Geld leihst meinem Volke, das arm ist bei dir, sollst du ihn nicht zu Sklaven bringen und keinen Wucher auf ihn treiben.“ (3. Buch Moses, 22, V. 25.)

„Wenn dein Bruder verarmt und neben dir abnimmt, so sollst du ihn aufnehmen als einen Fremdling oder Gast, daß er bei dir lebe. Und sollst nicht Wucher von ihm nehmen, noch Uebermaß; sondern sollst dich vor deinem Gott fürchten, auf daß dein Bruder neben dir leben könne. Denn du sollst ihn dein Geld nicht auf Wucher tun, noch deine Speise auf Uebermaß ausstreu.“ (3. Buch Moses, 23, V. 35—37.)

„So spricht der Herr: Ich will drei und vier Talier wollen Israels will ich nicht haben; darum, daß sie die Gerechten um Geld und die Armen um ein Paar Schuh verkaufen. Sie treten den Kopf der Armen in Not und hindern den Weg der Elenden.“ (Amos 2, V. 6 und 7.)

„Darum, weil ihr die Armen unterdrückt und nehmet das Korn mit großen Lasten von ihnen, so sollt ihr in den Häusern nicht wohnen, die ihr von Berghängen gebaut habt, und den Wein nicht trinken, den ihr in den feinen Weinbergen gepflanzt habt. Denn ich weiß euer Uebermaß, des viel ist, und eure Sünden, die stark sind, wie ihr die Gerechten drängt und Blutgeld nehmet, und die Armen im Thore unterdrückt.“ (Amos 3, V. 11 und 12.)

Hört dies, die ihr die Armen unterdrückt, und die Elenden im Lande verderbet. Und sprecht: Wenn will der Keimling ein Ende haben, daß wir Getreide verkaufen, und den Sabbat, daß wir Korn

Auf gleiche und ähnliche Weise werden die Gewinne verschleiert, damit sie äußerlich nicht gar zu hoch erscheinen. Trotzdem aber sind die Gewinne ganz gewaltig gestiegen. Das war nur möglich, auf Kosten der Gesamtheit und vor allen Dingen auch der Bergarbeiter, welche die hohen Sprengstoffpreise bezahlen müssen. Jede Verteuerung der Sprengstoffpreise bedeutet eine indirekte Lohnkürzung für die Bergarbeiter. Was wird aber die großen Kohlen-, Eisen- und Stahlwerke, welche hervorragend an den Sprengstoffwerken beteiligt sind, nicht abhalten, auch weiter die „Kriegskonjunktur“ nach Kräften auszunutzen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Ueber die gute Lage der Erbergwerke

Bericht der Handelszeitung der „Rheinischen Zeitung“ (Nr. 647): „Was die einzelnen Verhältnisse betrifft, so hat sich inzwischen die Spannung, die auf dem Eisenerz-Markt infolge der zwischen dem Siegerländer Eisenbahnverein und dem Kriegsministerium schwebenden Preisverhandlungen seit Wochen herrschte, gelöst. Man hat sich für Kohlsput auf den Durchschnittspreis von 200 Mt. für 10 000 Kilogramm ab Grube für laufende und neue Anschlüsse geeinigt, so daß dem Verkauf für die nächste Zeit nichts mehr im Wege steht. Die sämtlichen Gruben des Vereins sind andauernd bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen und nicht instand, die angeforderten Mengen zu liefern, so daß ein Teil als roher Spat an die Hochöfenwerke abgeführt werden muß. Eine Vereinsgrube ist in der Verhüttung in den Besitz eines größeren Siegerländer Werkes übergegangen, so daß sie ausschließlich dem Siegerlande erhalten bleibt. Ueber unbefriedigende Stellung von Eisenschmelzwerken hört man fast gar keine Klage mehr, was ebenfalls erfreulich ist. Der Absatz von manganhaltigen Hochöfenschlacken von den Halben und aus freiem Entschluß nimmt guten Fortgang. Infolge der Verschlagung von auswärtigen Manganerz fast gar nicht mehr ins Land. Winckel aus Lothringen und Luxemburg bleibt nicht viel gefragt. Den größten Teil scheint die Schmelzwerkverwaltung (militärische) nach dem hiesigen Bezirk zu liefern. Der heutige Preis für eine Tonne mit ungefähr 30—35 Prozent Eisen beträgt 35—45 Mt. für die 10 Tonnen ab Grube. Die Anforderung von Moleisenerz aus dem nassauischen Grubenbezirk bleiben gegen die früheren Monate etwas stärker, dagegen bewegen sich die Eingänge von hiesigen Erzen auf ungefähr der Höhe des Vormonats. Für Lieferung in diesem Jahre hat der Markt noch kleine Zusatzaufträge zu ungefähr den fürs nächste Jahr geltenden Preisen aufbewahrt. Auch für das Jahr 1917 sollen, obwohl die Rot- und Brauneisenerz-Gruben genannter Bezirke sehr viel verkauft haben, noch Aufträge zu 155 Mt., die 10 000 kg. für Brauneisenerz und zu 230 Mt. bis 240 Mt. die 10 000 kg. für Rot- und Brauneisenerz, je nach Beschaffenheit, zustande gekommen sein.“ — Das Siegerländer Eisenbahnministerium wollte noch höhere Preise ansetzen, was gegen sich das Kriegsministerium wandte. Aber auch der nun vereinbarte Verkaufspreis ist sehr reichlich bemessen.

Eine abermalige Erhöhung der deutschen Hoheisen- und Stahlfabrikation

wird von dem Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Berlin) für Mai gemeldet. Folgende Vergleichszahlen zeigen den Produktionsverlauf:

	1914	1915	1916
		1000 Tonnen	
Januar	1568	874	1078
Februar	1445	808	1033
März	1602	938	1114
April	1534	938	1073
Mai	1607	955	1112
Juni	1531	909	
Juli	1510	1047	
August	587	1050	
September	580	1034	
Oktober	720	1076	
November	788	1019	
Dezember	854	1020	

Daraus bleibt die Maierzeugung nur hinter der im März des laufenden Jahres um einige tausend Tonnen zurück. Auch die arbeitsfähige Erzeugung war im März mit 35 942 To. etwas höher als im Mai, in dem sie 35 880 To. betrug. — Die Stahlerzeugung betrug im April 1916: 1 212 695, im Mai 1 412 137 Tonnen. Mit einer Maierzeugung von 788 495 To. steht Rheinland-Westfalen weit aus der

feil haben mögen, und den Ephra ringen und den Seel heigen, und die Wäre fällen. Auf daß wir die Armen um Geld, und die Dürftigen um ein Paar Schuh unter uns bringen, und Sprei für Korn verkaufen.“ (Amos 8, V. 4—6.)

„Denn die da reich werden wollen, die fallen in Versuchung und Stride, und viele törichte und schändliche Lüste, welche verderben die Menschen in Verderben und Verdamnis.“ (1. Thimothee, 6, V. 9.)

„Wenn aber jemand dieser Welt Güter hat und sieht seinen Bruder darben und schließt sein Herz vor ihm zu, wie bleibt die Liebe Gottes bei ihm.“ (1. Joh. 6, V. 17.)

Man halte doch den furchtbaren Vorlesungen aus der Bibel.

Unangenehmes vom Blinddarm.

Von den Ueberfällen, die die Gesundheit des Menschen bedrohen, ist die Blinddarm-Erkrankung eine der häufigsten. Die Annahme, daß der Blinddarm ein unnützes Organ ist, mit dessen Herausnehmen dem Erkrankten am besten gedient ist, hat längst einer Erkenntnis der Funktion dieses Körperbestandteils Platz gemacht; man operiert heute nur in dringenden Fällen. Aber im allgemeinen spottet der Blinddarm doch noch allen Theorien; ein spezifisches Heil- oder Vorbeugungsmittel gibt es nicht. Der Arzt muß jeden Fall als einen besonderen ansehen, dessen Entartung oder Bösartigkeit von Umständen abhängen, die sich in verschiedenen Erkrankungen wieder verschieden anlagern und oft alle Voransicht hintergehen.

Die Tatsache, daß sich die Blinddarm-Erkrankungen stark gemehrt haben, läßt sich nicht aus der Welt schaffen; das beweisen überzeugend die Statistiken der allgemeinen Heilanstalten in Preußen, deren letzte, für 1913, jetzt vorliegt. Bis zum Jahre 1905 wurden in den Heilanstalten die Blinddarm-Erkrankungen der Gruppe „Bauchfell-Entzündung“ ausgeführt. Die Zahl der hieran Behandelten ist von 898 (1899 m., 497 w.) im Jahre 1877 auf 15 918 (8402 m., 7516 w.) im Jahre 1905 gestiegen. Seit dem Jahre 1906 ist die Trennung der an Blinddarm-Entzündung (Peritonitis, Appendicitis) von den an Bauchfell-Entzündung (Peritonitis) Behandelten tabellarisch durchgeführt worden. Es zeigte sich dabei, daß das auffallende Anwachsen der Gruppe „Bauchfell-Entzündung“ bis 1905 durch die Blinddarm-Entzündung verursacht war; denn während die Ergebnisse für die Jahre 1906 bis 1913 mit 16 781, 19 285, 22 813, 25 689, 31 425, 38 555, 41 503 und 47 910 Fällen eine bedeutende jährliche Zunahme der an Blinddarm-Entzündung in den allgemeinen Heilanstalten Behandelten erkennen lassen, zeigt die Bauchfell-Entzündung mit 2390, 2498, 2512, 3710, 4401, 3459, 3628 und 3480 Fällen eine verhältnismäßig nur geringe Veränderung.

Die Zahl der Todesfälle bei Blinddarm-Entzündungen ist immer noch recht groß. Im Jahre 1911 starben allein in Heilanstalten 2175, 1912: 1888, 1913: 2185. Von 100 Behandelten wurden 63,99 Prozent operiert, hieron starben 5,11 Prozent. Von 100 Gestorbenen waren 71,72 Prozent operiert, eine erschreckende Zahl. Im ganzen wurden in den Heilanstalten Preußens im Berichtsjahre 47 910 Erkrankungen an Blinddarm festgestellt; 30 637 kamen zur Operation. Von den 2185 Gestorbenen waren 167 operiert. In Bezug auf das Geschlecht der in den Heilanstalten behandelten Personen wurde festgestellt, daß 1906: 9184 gleich 54,73 Prozent männlichen und 7597 gleich 45,27 Prozent weiblichen Geschlechts waren; 1913 wurden an Blinddarm-Entzündung 24 401 männliche Personen gleich 50,93 Prozent und 23 509 weibliche gleich 49,07 Prozent behandelt. Gestorben sind in den beiden Jahren 545 und 347. Operiert wurden bei beiden Geschlechtern 1906: 4855 bzw. 5348 und 1913: 6162 bzw. 6645 Prozent der Behandelten. Die Sterbezahl der Operierten betrug in den beiden Jahren 9,02 und 6,41 Prozent für die männlichen, 6,69 und 3,86 Prozent für die weiblichen Kranken.

Spähe, dann folgen Elsch-Lothringen mit 127 074, Schlesien 121 799, Luxemburg mit 110 044, Saargebiet-Pfalz mit 117 402

Die Ausichten der Kallindustrie.

Der Geschäftsbericht des Vereins der deutschen Kallinteressen (Berlin), einem Unternehmerverband, dem die Mehrheit der Kallwerke angehört, urteilt nach der „Stn. Ztg.“ in die Ausichten der Kallindustrie nach Friedensschluß: „Die Ausichten nach dem Kriege sind außerordentlich stark. Bedarf nach Erzeugnissen der Kallindustrie eintreten wird, wurde bereits im Vorjahre (1915) mehr und mehr allgemein und trug durch nicht unwesentlich zu dieser freundlichen Stimmung bei. Man sieht sich vor übertriebenen Erwartungen, so heißt es weiter in dem Bericht, hüten soll, so darf man doch nach dem Friedensschluß mit einer außerordentlich starken Nachfrage nach Dingen, die allen Ländern, andererseits mit einer mit den jetzigen Verhältnissen Schritt haltenden Befestigung des Kallmarktes rechnen; dieses mehr, als Schiffsraum und sonstige Verkehrsmittel beim Wiedereinführen noch knapp, und die Lieferfähigkeit der Werke nach eine Zeitlang vermindert sein wird, daß infolge des Mangels an Arbeitskräften während der Kriegszeit die Vorrichtungenarbeiten in den Werken nur in geringem Umfang betrieben und Vorräte an Erzeugnissen nur in mäßigen Mengen angesammelt werden können. Bringendes Erfordernis bleibt es jedoch, um der allgemein anerkannten Notlage abzuhelfen, daß die Kallpreise stets angemessen sind und nicht erhöht werden.“ — Das ist durch die letzte Kallgeschnovelle in a reichendem Maße geschehen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung

Beschmelzung der Technikerverbände.

Die 6 großen Vereine der deutschen Techniker haben sich vereinigt. Der Verein der deutschen Ingenieure, der 1856 gegründet wurde und zurzeit über 24 000 Mitglieder zählt. Dazu kommt der Verband deutscher Architekten, der 1871 gegründet wurde. Er will seine Mitglieder nicht nur auf sozialer, sondern auch auf künstlerischer Gebiete fördern. Der Verein der deutschen Eisenhüttenleute ist zurzeit 36 Jahre alt und zählt etwa 60 Mitglieder. Er arbeitet für die Förderung des Verbrauchs von Eisen und Stahl. Die deutschen Chemiker schlossen sich 1887 zu einem Verband deutscher Elektrotechniker geschloßen mit ebenfalls 6000 Mitgliedern. In einer Reihe von Kommissionen läßt Einzelfragen des elektrotechnischen Betriebes besonders bearbeiten und wird beschloßen, bei der Einrichtung von neuen Betrieben oder bei der Umstellung von Betriebsverhältnissen als maßgebend anerkannt. Die Schiffbau-technische Gesellschaft mit etwa 2000 Mitgliedern stellt sich den gleichen Aufgaben wie der vorhergenannte Verband. So ist also durch den Zusammenschluß dieser sechs bedeutenden Vereine ein großer technisch-wirtschaftlicher Verband entstanden, der nahezu 50 000 Mitglieder zu gemeinschaftlicher Arbeit verbindet. Und in der deutschen Arbeiterbewegung sind gewisshafte Elemente an der Arbeit, den Aufbau der Organisationen systematisch zu gestalten. Wer gegen diese Bestrebungen energisch vorgeht, handelt im Interesse der Gesamtarbeiterschaft.

Ein Oberbürgermeister in der Arbeiterversammlung.

Der Kieler Oberbürgermeister hat am 18. Juni auf Einladung des Vorstehers der Kieler Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes in einer außerordentlich stark — hauptsächlich von Werftarbeitern — besuchten Metallarbeiterversammlung im Gewerkschaftshause über die Lebensmittellieferung Kiels gesprochen. In seinem einstündigen Vortrage über das, was bisher in Kiel geschehen ist, hob er u. a. and hervor, daß die Provinzen und Stellen, die von den zuständigen Stellen angewiesen waren, der Stadt Lebensmittel zuzuführen, vielfach versagt hätten. Wenn die Stadt bei Abgabe der von ihr bezogenen Lebensmittel anfänglich mit Händlern gearbeitet habe, so nur, um die Ernährung und Beschäftigung dieser Leute bei der Lebensmittelversorgung zu sichern. In der Bevölkerung sei aber zu Unrecht die Argwohn entstanden, daß diese Leute sich Vorräte aufspeicherten und unredliche Machenschaften trieben. Um aber das Vertrauen der großen Masse der Konsumenten zu erhalten, sei die Stadtverwaltung dazu übergegangen, die von ihr beschafften Lebensmittel direkt an die Konsumenten abzugeben, selbst auf die Gefahr hin, daß dabei zunächst mancherlei Unzulänglichkeiten entstehen. Der Redner erklärte noch, daß die Stadt alles tun werde, um die Lebensmittelversorgung so günstig wie möglich zu gestalten, daß aber auch nötig sei, daß die Bevölkerung die städtischen Behörden durch Befolgung der nötigen An-

Wemerkenswert ist auch die Feststellung, daß weitaus die meisten Erkrankungen an Blinddarm in der Altersklasse 15—30 Jahren vorkommen. Sie betragen im Berichtsjahr 56 Prozent gleich 26 597. Die Altersgruppe bis 15 Jahre ist mit 9035 gleich 19 Prozent beteiligt; von 30—60 Jahre 11 604 gleich 24 Prozent, über 60 Jahre nur 684 gleich 1,39 Prozent. 28 Säuglinge sind in 1913 den Heilanstalten überwiesen worden; hiervon wurden 13 operiert und 4 starben. Im Alter von 1—5 Jahren wurden 686 Kinder behandelt, 2783 im Alter von 5 bis 10 und 5548 im Alter von 10 bis 15 Jahren. Die Zahl der Operierten unter ihnen war mit Ausnahme der Kinder unter 1 Jahr verhältnismäßig größer als bei den Erwachsenen und die Sterblichkeit um so höher, je jünger die Kinder waren. Im ungünstigsten jedoch stellt sich die Sterblichkeit im hohen Alter. Von 681 in Heilanstalten in 1913 Behandelten wurden 300 operiert und starben 130.

Ein Mittel gegen Zahnschmerzen.

Auf ein außerordentlich einfaches und in verschiedenen Fällen wirksames Mittel, einen Zahnschmerz oder eine Behandlung, die die Grundursache des Schmerzes beseitigt, für längere Zeit auszuschalten, macht Zahnarzt Dr. du Mont in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ aufmerksam. Ein glücklicher Zufall führt den Arzt auf diese selbstprobte Behandlungsweise. Bei äußerst heftigen Zahnschmerzen, die weder durch eine Zahnreinigung noch durch Anästhetika nachlassen wollten, zog Dr. du Mont den Duft Äthyläther. Was er ein, wobei einige Tropfen der Flüssigkeit bis an die Nasenschleimhaut emporgerissen wurden. Sofort waren die Zahnschmerzen dauernd verschwunden. Eine große Reihe in der Praxis ausgeführte Versuche, die eine Einwirkung von Äthyläther auf die Schleimhaut herbeiführten, hatten jedesmal den gleichen Erfolg. Es wurden, um möglichst einfach die Tropfen an die Nasenschleimhaut gelangen zu lassen, erbsengroße Wassertropfen mit Äther durchdränkt, lasse je nach dem Sitz des Zahnschmerzes in das linke oder rechte Nasenloch gelangen, worauf der Patient sich möglichst weit zurückneigt und durch einen leichten Druck auf die Nase einige Tropfen ausströmt. Der Erfolg stellte sich bei erkrankten Zähnen, bei Wurzelhautentzündungen und rheumatischen Zahnschmerzen unmittelbar ein.

Ein Mittel gegen Zahnaries

empfehlte Dr. Anstler-Wien in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“. Natürlich kann es sich dabei nicht um ein Mittel handeln, daß die durch die Caries entstandenen Defekte wieder ersetzt — das ist ein Ding der Unmöglichkeit —, sondern nur um Aufhebung der Disposition zu dieser Zahnerkrankung. Ein solches Mittel ist das Kalziumchlorid. Dr. C. Anstler nahm das Medikament eine Zeitlang regelmäßig, um sich von einem hartnäckigen Zahnen- und Kariesfaktum zu heilen und entdeckte dabei die angenehme Nebenwirkung, daß die Caries seiner Zähne, an der er seit 20 Jahren geplagt wurde, plötzlich verschwand. Es ist dies sehr eintreffend, da ja das „Gloden“ der Zähne auf einem Mangel an Kalzium beruht, der zu einer Störung des Schmelzstoffwechsels führt. Es sind deshalb auch schon von anderer Seite Kalziumpräparate zur Verbesserung der Beschaffenheit der Zähne empfohlen worden. Anstler tritt für die Darreichung von Kalziumchlorid ein, das in der Weise zu nehmen ist, daß man sich eine 20-prozentige Lösung von Ck. chlor. crystal. purum herstellt, von der Erwachsene dreimal, Halbweibliche zweimal und Kinder einmal täglich einen Teelöffel in einem halben Glas Wasser nehmen. Voraussetzung für einen guten Erfolg ist eine gemiddete Kost, vor allem die reichliche Darreichung von Obst und Gemüse, neben von Milch, Käse, Eiern und Fisch.

ordnungen kräftig unterstützen. In den Vorlesung schloß sich eine lebhafte, aber sachliche Debatte, in der verschiedene Wünsche, besonders der nach einer reichlichen und preiswerten Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, laut wurden. Der Oberbürgermeister versprach, daß die Stadtverwaltung die gegebenen Anregungen in Berücksichtigung ziehen werde und stelle auch in Aussicht, daß die Stadt Kiel, ebenso wie andere Städte, auf das Nachdrücklichste sich bemühen werde, an höherer Stelle auf Beseitigung der vielen beklagten Mängel hinzuwirken.

Internationale Rundschau.

Die Gewerkschaften werden sich verständigen.

Auf dem zu Brüssel in Belgien stattgefundenen Verbandstage der schweizerischen Buchbinder lag auch ein Antrag der Sektion Zürich vor, das Internationale Buchbinder-Sekretariat von Berlin zu verlegen und die Bereitwilligkeit der schweizerischen Buchbinderverbände zur provisorischen Uebernahme der Sekretariatsgeschäfte während des Krieges zu erklären. Der Internationale Buchbindersekretär Klotz war demselben anwesend und legte die Gründe dar, welche die deutschen Gewerkschaften gegen die Uebernahme der Sekretariatsgeschäfte zur Politik des 4. August bewegen hätten. Nach einer ausgiebigen Debatte wurde der Antrag auf Verlegung des Sekretariats einstimmig abgelehnt, selbst die Züricher Delegierten stimmten dagegen.

Nationalhök und Glaubensgemeinschaft.

Das vor dem Krieg in Belgien, jetzt in der Schweiz erscheinende katholische „Ringelme Siecle“ („Das 20. Jahrhundert“) befaßt sich, wie wir der „Münchener Zeitung“ (Nr. 432) entnehmen, mit der Rolle des Kardinals v. Hartmann-Röhm nach Belgien und zur Front in Nordfrankreich. Es schrieb dabei:

„Einer unserer römischen Freunde, ein belgischer Prälat von sicherer theologischer Doktrin und erprobtem katholischen Sinn sagte uns jüngst, daß er sich belgischen patriotischen Frei Denkern näher fühle als dem katholischen Feinde unseres Landes. Diese Worte machen alle Katholiken sich zu eigen und sie werden danach ihre Haltung auch im Frieden wie jetzt in Kriegszeiten einrichten. Wenn wir noch das geringste Zaudern gespürt hätten, so würde dies jetzt sicherlich vor der unqualifizierbaren Haltung verschwinden, die Kardinal v. Hartmann unserem Lande gegenüber angenommen hat.“

Der gleichfalls katholische „Waldische Beobachter“ hatte vor einiger Zeit geschrieben: „Mit Lob und Tadel, daß wenigstens auf religiösem Gebiet noch eine Brücke besteht unter den Völkern, die sonst in haderhändiger Kampfe miteinander stehen.“ Aus dem belgischen Blatt erzählt der „Waldische Beobachter“, daß der Satz unter den Glaubensgenossen über die Kriegsjahre hinaus dauern soll.

Bewegungsfreiheit der Arbeiter in Schweden.

In einer in Stockholm stattgefundenen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentrale wurde über die der Regierung vom Sozialamt unterbreiteten Vorschläge, betreffs Einschränkung der Auswanderung nach dem Auslande beraten. Die Konferenz nahm folgende Resolution an:

„Zu dem vom Sozialamt ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag, wonach Werbung zur Anstellung im Ausland verboten sein soll, erklären die Delegierten der Landeszentrale nach eingehender Erörterung der Angelegenheit, daß jede Wahnsinnigkeit, durch Gesetzesbestimmungen die Arbeiter daran zu hindern, Beschäftigung dort zu suchen oder anzunehmen, wo die am besten bezahlte Arbeit zu haben ist, ein unberechtigt Eingriff in die Bewegungsfreiheit der Arbeiter genannt werden muß. Gleichseitig stellt die Zentrale den verschiedenen Verbänden vor, sich über die Arbeitsverhältnisse in den Ländern, für die man schwedische Arbeitskräfte zu erhalten versucht, genau zu orientieren. Auch muß dafür gesorgt werden, daß organisierte Arbeiter nicht eher im Ausland Stellung annehmen, bevor nicht der betreffende Verbandsvorstand Gelegenheit hatte, den Arbeitsuchenden über die Verhältnisse zu informieren.“

Knappschäftliches.

Außerordentliche Generalversammlung der Mgl. Knappschäfts-Pensionkasse für das Königreich Sachsen.

Die außerordentliche Generalversammlung fand am 23. Juni, vormittags 11½ Uhr, im Saale des „Brauhauses“ in Freiberg statt. Anwesend waren 22 Werkverträter mit 57 Stimmen sowie 59 Arbeitervertreter. Unter den letzteren befanden sich auch einige Zeitgenossen. Die Tagesordnung lautete: 1. Beschlußfassung über den Antrag des Vorstandes, die Gewährung von Teuerungszulagen an die Invaliden betreffend; 2. Entscheidung über die vom Vorstande seit der letzten Generalversammlung zugunsten der Kriegsteilnehmer getroffenen Verfügungen.

Nachstehende Bestimmungen über die Teuerungszulagen wurden angenommen: 1. Den Invaliden, die aus der knappschäftlichen Abteilung oder aus beiden Abteilungen der Kasse Pension oder Rente beziehen, wird, falls sie die nachstehenden Bedingungen erfüllen, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eine Teuerungszulage gewährt. 2. Die Teuerungszulage beträgt monatlich 6 Mark. 3. Die Zulage soll nur Invaliden gewährt werden, deren Einkommen einschließlich der Knappschäfts-, Unfall-, Militär- und sonstigen Pensionen und Renten im letzten Vierteljahr vor Stellung des Antrages den Betrag von 150 Mark nicht übersteigt hat. Als Einkommen gelten auch Zinsen, Mietsverträge, Einnahmen aus eigenem oder erpachtetem Grundbesitz, Verdienste aus Arbeit für eigene oder fremde Rechnung usw. Hat der Invalide außer seiner Frau noch mehrere Angehörige, für die er unterhaltspflichtig ist, so kann das Einkommen für jeden Kopf 30 Mark höher sein. 4. Die Zulage wird auf Antrag des Invaliden gewährt. Der Antrag ist unter Beifügung von Unterlagen über das Einkommen bei der Bezirkskommission des Wertes zu stellen, bei dem der Invalide pensioniert worden ist. Ist das Werk eingegangen, so kann der Antrag bei der Bezirkskommission des für ihn nächsten Wertes gestellt werden. Die Invaliden des Freiburger Wertes und diejenigen, die den Antrag anderwärts schon anbringen können, können ihn bei der Kassenverwaltung in Freiberg stellen. 5. Ueber den Antrag entscheidet die unter 4 bezeichnete Stelle. Etwaige Widersprüche sind bei dem Kassenvorstand geltend zu machen. Die Entscheidung des Vorstandes ist endgültig. 6. Die Zulage wird vom 1. Juni 1916 an gewährt, soweit der Antrag bis Ende Juli 1916 gestellt wird. Geht der Antrag später ein, so wird die Zulage vom Beginn des Monats an gezahlt, in dem der Antrag gestellt worden ist. 7. Die Zulagen werden von den unter Ziffer 4 bezeichneten Stellen ausbezahlt. Tag und Ort der Auszahlung werden durch diese bestimmt. Die Werte bringen die gezahlten Beiträge unter Beifügung der Quittungen von den zu zahlenden Beträgen in Abzug. 8. § 40 an folgende Fassung: „a. von Mitgliedern, die nur der knappschäftlichen Abteilung der Kasse angehören, in Klasse I wöchentlich 30 Pf., in Klasse II wöchentlich 50 Pf., in Klasse III wöchentlich 90 Pf., in Klasse IV wöchentlich 115 Pf., in Klasse V wöchentlich 145 Pf.“ 9. Die Teuerungszulage fällt weg, wenn die Invalidenpension aufhört oder entzogen wird. Ebenso hat die unter 4 bezeichnete Stelle die Teuerungszulage in Wegfall zu bringen, wenn die Einnahmeverhältnisse des Invaliden sich so geändert haben, daß er über ein Vierteljahr lang bereits mehr als 150 Mark Einkommen aus Wertelgehalt hat und die Einkommensquellen voraussichtlich anhalten. Befürwortet an den Vorstand ist auch hier zulässig. Den Zeitpunkt, an dem die Teuerungszulagen allgemein wieder wegfallen, bestimmt der Gesamtvorstand. 10. Die vorstehenden Bestimmungen treten gleichzeitig nach ihrer Genehmigung durch die Generalversammlung mit Wirkung vom 1. Juni 1916 an in Kraft.“

Mit den Beschlüssen der Generalversammlung ist einem Teil der Invaliden eine kleine Hilfe gebracht. Warum bei Ziffer 3 bei den Angehörigen des Invaliden die Frau ausgeschlossen werden soll, ist uns unverständlich. Hier liegt ja gerade das Unrecht, daß in den ursprünglichen Bestimmungen der alleinstehende Invaliden ebenso behandelt werden sollte wie der, welcher Frau und vielleicht auch noch Kinder zu ernähren hat. Das sollte durch den Antrag der organisierten Arbeiter, welcher forderte, daß das Einkommen für jeden Kopf 30 Mark höher sein kann, für welchen der Antragsteller unterhaltspflichtig ist, beseitigt werden.

Zu der vorübergehenden Beitragserhöhung wurde von einigen Vertretern die Frage aufgeworfen, ob denn diese geringe Zulage nicht ohne Beitragserhöhung möglich gewesen wäre; die große Mollate der Invaliden sei eine Folge des Krieges und da wäre es Pflicht des Staates, helfend einzutreten. Das Reich, welches die Kriegskosten trägt, müßte auch die notwendigen Mittel aufbringen, um den Invaliden über diese schwere Zeit hinwegzuhelfen. Neben den Milliarden, die der Krieg kostete, müßte auch zur Unterstützung der Kriegsgesellen eine verhältnismäßig kleine Summe übrig bleiben. Die Opfer, welche die Arbeiter jetzt und auch später noch bringen müßten, wären so groß, daß man sie wohl von einer Beitragserhöhung hätte befreien können. Wenn es sich um eine allgemeine Neugestaltung der knappschäftlichen Leistungen handelt, würden die Arbeiter nach wie vor ihre Bereitwilligkeit zu höheren Beiträgen zeigen. Nicht, weil die Leistungen von der Notwendigkeit überzogen sind, daß diese Teuerungszulage nur durch erhöhte Beiträge durchzuführen ist, sondern weil sie das wenige, was den Invaliden gegeben werden soll, nicht illusorisch machen wollten, würden sie auch dieses Opfer noch bringen und für die Ueberwindung des § 40 stimmen.

Der Vertreter des Igl. Wertes in Zauderode, Herr Geheimrat Georgi, stellte den Antrag, daß an sämtliche Invaliden die Teuerungszulage angehängt werden sollte. Der Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen bei anderer Gelegenheit auf diesen Antrag zurück. Diejenigen Invaliden, für welche die unter Ziffer 3 genannten Bedingungen zutreffen, haben sich nun sofort nach dem für sie in Frage kommenden Wert zu begeben und den Antrag auf Teuerungszulage zu stellen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurden noch folgende, vom Kassenrat seit der letzten Generalversammlung zugunsten der Kriegsteilnehmer gefassten Beschlüsse angenommen:

- Die Leistungen der Knappschäfts-Pensionkasse werden auch dann gewährt, wenn ein Mitglied im gegenwärtigen Kriege verschollen ist. Es gilt als verschollen, wenn während eines Jahres keine glaubhaften Nachrichten von ihm eingegangen sind und die Umstände seinen Tod wahrscheinlich machen. Die Bezirkskommission verlangt, daß sie von dem Leben des Vermissten keine anderen als die angelegentlichsten Nachrichten erhalten haben.
- Den Todesfall Verschollener (siehe unter a) stellt die Kasse nach billigem Ermessen fest. Für die auf See Verschollenen gilt § 1100 Absatz 1 der Reichsversicherungsordnung.
- Wird nachgewiesen, daß das Kassenmitglied, das als verschollen gilt, noch lebt, so wird die weitere Gewährung der Leistungen eingestellt. Die Kasse braucht die zu Unrecht gezahlten Beträge nicht zurückzufordern.
- Die von den Kassenorganen zugunsten der Kriegsteilnehmer gefassten Beschlüsse gelten auch für die Angehörigen der im gegenwärtigen Kriege mit dem deutschen Reich verbündeten Staaten und für die von Reichsangehörigen und Reichsausländern für diese Staaten geleisteten Kriegsdienste.

Mikstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Johann Delmelsberg (Steele). Hier herrscht wenig Ordnung bei der Teuerungszulage. Wer mit dem ersten Korb gewöhnlich anfährt, kommt mit dem dritten erst heraus. Es ist ein Wunder, daß da noch kein Unglücksfall passiert ist. Es könnte leicht Mißstände geschaffen werden, wenn das Fehlen der Zulagen mit dem letzten Korb herein und herausgeführt würden. Auch bei der Lohnauszahlung herrschen ähnliche Zustände. Der Auszahlung will Normen schaffen, die aber nicht ausreichen, das Fehlen zu beseitigen und Ordnung zu schaffen. Im Mai hieß es erst, Lohnbuch nehmen und sich dann abmelden, im Juni erst sich abmelden und dann Lohnbuch holen. Es wäre dieser Zustand leicht beseitigt, wenn an zwei Schaltern ausbezahlt würde. Daß dieses durchführbar ist, beweist, daß die Arbeiter, die von auswärtig mit der Bahn kommen, auf dem Rechnungsbureau ausbezahlt werden. Es wäre zu wünschen, daß für bessere Ordnung am Schacht und bei der Auszahlung gesorgt würde, damit die Arbeiter nicht so lange zu warten brauchen.

Beide Mant Genis. Früher wurde hier nur mit Holz verbaut, jetzt werden auch Eisenstempel benutzt, wodurch den Arbeitern erhebliche Mehrarbeit entsteht, wofür sie keine ausreichende Entschädigung erhalten. Vom 1. Juni ab sind zwar die Gebirge stellenweise von 1,50 auf 1,80 Mark pro Wagen erhöht worden, aber das ist keine ausreichende Entschädigung für die durch den Ausbau mit Eisenstempeln entstehende Mehrarbeit. Zunächst waren die Holzstempel längt nicht so schwer und weit besser zu handhaben, dann waren sie auch leichter zu setzen und blieben obendrein meist stehen, während die Eisenstempel wieder ausgebaut werden müssen. Die Eisenstempel sind also nicht nur viel schwerer zu handhaben, sondern müssen ein- und ausgebaut werden, verursacht also, abgesehen von allem anderen, weit schwerere und doppelt soviel Arbeit. Die Gebirge müßten also weit stärker erhöht werden, wie es teilweise geschehen ist. Wüssten denn alle Neuerungen auf Kosten der Arbeiter eingeführt werden? Der pro Tonne Förderung erzielte Betriebsüberschuss dieser Zeche ist von 3,40 Mark im 1. Vierteljahr 1915 auf 5,22 Mk. im 1. Vierteljahr 1916 gestiegen. Da könnte doch auch eine ausreichende Gebirgserhöhung erfolgen, wenn — ja wenn es die Arbeiter in ihrer Mehrheit wünschten. Dann müßte die Zeche wohl oder übel zahlen. Aber das braucht sie nicht, weil die Mehrheit der Arbeiter unorganisiert ist, es also nicht wünscht.

Saargebiet und Reichslande.

Grube Jakobus. In Nr. 24 der „Vergarb.-Ztg.“ beschäftigten wir uns mit einigen Mißständen auf dieser Zeche. Diese Zeilen haben etwas gewirkt, denn verschiedene Mißstände wurden beseitigt. Nun geht der Wunsch der Belegschaft dahin, daß die Lohnliste wieder ausgehängt wird wie vor dem Kriege. Ferner kommt es bei Steiger Riesfeld oft vor, daß am Schichtarbeiter Schichtarbeiter fehlen, wobei es an Scherezeilen und unwilligen Gängen nicht mangelt, um zu seinem Gelde zu kommen. Eine bessere Kontrolle seitens des Steigers Riesfeld und dem Belegschaft wäre abgeholfen. Ferner kommt es vor, daß Leute, die nicht zu allem Ja und Amen sagen, aus einer Arbeit, wo sie eingearbeitet sind und einigermassen Geld verdienen, verlegt werden. Auf Arbeiter, die von ihrem Kündigungrecht Gebrauch machen, ist die Verwaltung nicht gut zu sprechen. Im Mai hat ein Schlopper gekündigt, um seine Lage anderweitig zu verbessern, aber ohne Schaden für ihn sollte dies nicht abgehen, denn sonst wurden ihm 90 Prozent des Hauertlohns berechnet, für Mai aber nur noch 80 Prozent. Im Juni hatte er noch einige Schichten verfahren, worauf er 9 Mark pro Schicht verdiente, aber nur 7 Mark pro Schicht wurden ihm ausbezahlt.

Grube Ida Stumm. Die Löhne sind auf dieser Zeche nur mit einigen Ausnahmen gestiegen. Der Lohn schwankt zwischen 7 und 10 Mark. Wie vor dem Kriege für die Gebirgshauer. Schichtarbeiter erhalten für ihre gefährliche und harte Arbeit 7,50 Mk. pro Schicht. Schichtführer, soweit solche vorhanden sind, nämlich Vierbetreiber von 16 bis 18 Jahren, erhalten pro Schicht 3,20 Mk. Mit dem neueingeführten Gebirge, das sich jetzt auf Wangengebilde, Metagebilde der Strecke und des Wassergraben erstreckt, sind die Arbeiter unzufrieden, denn mit ihrem früheren Gebirge (pro Meter 60 Mk.) sind sie besser weggekommen. Da nur mit Luft gehöhrt wird, es aber öfters vorkommt, daß in drei bis vier Schichten gar keine Luft vorhanden ist, so sind die Arbeiter schwer geschädigt. Die Förderung läßt auch viel zu wünschen übrig. Oft mangelt es an Wagen, trotzdem nur 80 Wagen pro Schicht gefördert werden. Die Seilfahrt wird manchmal auch nicht richtig eingehalten. So ist es schon oft vorgekommen, daß, wenn die Menschenförderung anfangen sollte, noch 20 und mehr Wagen gefördert wurden, mit der Arbeiter eine Viertelstunde später herauskommen. Dieser Mißstand könnte doch sofort beseitigt werden, denn es könnten in dem Schacht pro Schicht 400—500 Wagen und noch mehr vorhanden sein. Der Steiger Büschhoff könnte der Arbeitersektion gegenüber auch entgegenkommender sein. Es steht auch nicht gut an, wenn man das Alter ehrt, wie es es unlängst einem in den 50er Jahren stehenden Bergmann machte. Er hat auch schon Deuten Auftrag gegeben, Schlüssel nachzugeben, um nicht anwesenden Arbeitern die Kiste zu öffnen und Gezüge daraus zu nehmen. Ferner gab er Auftrag, wenn nachgegebene Schlüssel nicht paßten, die Kiste aufzubrechen. Als unlängst ein Arbeiter diesem Auftrag nicht entsprach, wurde er von Büschhoff weggeschubst.

Grube St. Marie. Am 23. Mai d. J. verweigerte die Belegschaft die Arbeit mit der Begründung, daß die jetzt bestehenden Löhne zum Lebensunterhalt nicht ausreichen und auch sonst noch bestehende Mißstände beseitigt werden müßten. Die Verwaltung ging auf die Forderungen der Arbeiter ein und bewilligte eine 10-prozentige Lohnerhöhung für Gebirgshauer, für Schichtführer eine Aufbesserung von 30 Pf. pro Schicht. Auch das Verlangen von mehr Pulver wurde aufgegeben und den Kameradschaften im braunen Lager wöchentlich 12 Kilo, im schwarzen Lager daselbe und im grauen Lager 6 Kilo bewilligt. Auch sonstige Mißstände sollten beseitigt werden. Auf dieses Angebot fuhr die Belegschaft sofort wieder an. Nun erhalten die Kameradschaften in jedem Lager wöchentlich 2 Kilo Pulver weniger. Auch die versprochene Lohnerhöhung sucht man wieder heranzuwirtschaften. So erhalten die Arbeiter für die kleinen Wagen statt wie früher 1400 bis 1450 Kilo, heute noch 1150 bis 1250 Kilo, für die mittleren Wagen früher 1650 bis 1750 Kilo, jetzt 1450 bis 1600 Kilo, für die großen Wagen früher 1850 bis 1900 Kilo, jetzt noch 1700 bis 1750 Kilo. Sieht doch über Tage ein Meßerwagen, in den die von den herauskommenden Wagen abgerasteten Stöße gestossen werden, ehe die Wagen gewogen sind, so daß dieser Meßerwagen am Tage fünf, sechsmal und noch mehrmals auffahren werden muß. Steiger Robitz legt manchmal den Kameradschaften Mühen bei, wofür sie keine Bezahlung erhalten, aber doch den Lohn bezahlen müssen. Von den drei gewählten Ausschussmitgliedern ist eines pensioniert, eines schon zwei Jahre von der Zeche weg und das andere über Tage beschäftigt, trotzdem ist von einer Neuwahl nichts zu hören. Hoffentlich tragen diese Zeilen zur Verbesserung bei.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Karl Greinle f.

Der langjährige Angestellter unserer Zählstelle Baakerberg, ist am 23. Juni an den Folgen einer Fußverletzung, die er sich auf Zeche Baaker Walde zugezogen hatte, im Alter von fast 48 Jahren gestorben. Geboren am 5. November 1868, trat er am 1. April 1896 unserem Verbände bei und hat seitdem unermüdet für denselben gewirkt. Wenn es galt, Mitglieder zu werben, war er stets zur Stelle. Zu früh ist er seiner Familie sowie der Zählstelle Baakerberg entzissen worden. Ehre seinem Andenken!

Zur Behandlung der Gefangenen.

In der Bochumer Lokalpresse lesen wir und wollen es zur Verherrlichung für alle, die es angeht, nachfolgend wiedergeben:

„In der gestrigen Sitzung wurde gegen einen Steiger von einer Zeche der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-M.G. verhandelt wegen Mißhandlung eines belgischen Kriegsgefangenen. Der Steiger schickte Notwehr vor, aber das Gericht schenkte ihm keinen Glauben, da selbst der militärische Wachmann, der bei dem Austritt zugegen war, nicht zugeben konnte, daß der Belgier den Steiger bedroht habe. Er erhielt 20 Mark Gefängnis eventuell vier Tage Gefängnis. Es ist erfreulich, daß die Kriegsgefangenen gegenüber Mißhandlungen von Bedenken nicht schüchtern dastehen. Möge nur Angelegenheit erledigt werden.“

Vor längerer Zeit haben wir in der „Vergarb.-Ztg.“ bereits mitgeteilt, daß die ausländischen Oberbehörden sich entschieden gegen eine unbillige Behandlung von Kriegsgefangenen ausgesprochen haben und Unzuverlässigkeiten zur Rechenschaft ziehen würden. Das gilt natürlich auch bezüglich der Behandlung von Zivilgefangenen (Internierte) und aus russisch-Polen oder Belgien bergerückte Arbeiter. Es liegt durchaus im Interesse des Ansehens Deutschlands, daß die sich gegen wehrlose Gefangene und bei uns arbeitende Ausländer vergebenden Missetäter streng bestraft werden.

Unterstützungsregulativ für Kriegsteilnehmer der Zeche Hugo.

Seit Kriegsbeginn treten auf den Schachtaulen der Zeche Hugo bei Buer die Beamten und Arbeiter einen kleinen Teil ihres Lohnes für die Kriegsteilnehmer ab. Es hat sich nun nach und nach eine bedeutende Summe angesammelt, so daß die Unterstützungsabteilung an die zurückkehrenden Krieger nach folgendem Regulativ, das der Zecheverwaltung vom Arbeiterausschuß überreicht und von derselben für gut befunden wurde, geleistet werden soll:

Die Kriegsunterstützungskasse der Zeche Hugo zahlt von dem Gelde, welches die Beamten und Arbeiter durch Progenabsetzung aufbringen, an alle zurückkehrenden Krieger, welche bis zu ihrer Entlassung auf diesem Werke arbeiteten, eine Unterstützung. Diese regelt sich nach folgenden Sätzen: Bis 2½-jähriger Kriegsdienstzeit 30 Mk., je nachdem von jedem weiteren Dienstmonat um 1 Mark. (Der Monat wird angerechnet, wenn der Krieger nach dem 15. entlassen wurde.) Ledige erhalten zwei Drittel, Kinderzulage pro Kind 5 Mark. (Hier werden alle zur Familie zugehörigen Kinder gerechnet.) Der Witwer mit Kindern gilt als Verheirateter.

Zusatz für Kriegsdienstbeschädigte: Bis 25 Prozent Rente 20 Mk., von 25 bis 50 Proz. Rente 35 Mk., von 50 bis 75 Proz. Rente 50 Mk., von 75 bis 100 Proz. Rente 75 Mk. Die Witwen gefallener Krieger erhalten 50 Mk., jedes von der Witwe zu unterhaltende Kind 20 Mk. Wiedereingetragene, welche nach der ersten Entlassung die Unterstützung abgaben, erhalten nach der Wiedereinstellung nur die Unterstützung, welche sich aus der Steigerung der weiteren Monatsdienstreue ergibt; hierzu evtl. auch den Zuschuß für Beschädigte. Auch bisher bereits Entlassene sind nach diesem Regulativ zu unterstützen.“

Bergarbeiterversammlung in Buer zur Lohn- und Lebensmittelfrage.

Am 25. Juni fand in Buer eine stark besuchte Bergarbeiterversammlung statt, in der nachstehende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Bergarbeiterversammlung erachtet das Durchhalten in diesem schweren Kriege für durchaus notwendig, doch muß auch alles getan werden, damit solches den Bergarbeitern möglich gemacht wird. Es wird darum dringend gefordert, daß entweder die Löhne wesentlich steigen oder aber die Lebensmittelpreise erheblich fallen. Beides ist möglich. Die Werksüberprüfer sind bedeutend und die Löhne haben mit der Steigerung dieser Ueberschüsse nicht gleichen Schritt gehalten. Möge man bei allen Volksschichten so patriotisch sein wie in den Reihen der Bergarbeiter. Nur Taten, nicht leere Worte können das beweisen!“

Eine Belegschaftsversammlung der Zeche General.

Am 25. Juni im Rottendorfschen Saale in Weimar, die vom Arbeiterausschuß einberufen war, um über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten. Das Ausschussmitglied Ribder berichtete, daß die Belegschaft, welche die Belegschaft eingebracht hätte, der Verwaltung vorgelegt und auch teilweise berücksichtigt wurden. In der anschließenden Aussprache wurde besonders gefordert über die Gebirgshauer, die Oberflieger Verhöre vorgenommen hat an Betriebspunkten, wo nicht mehr verdient wurde wie 7,60 Mk. pro Schicht, und zwar bis zu 30 Pf. pro Wagen Kohlen. Eine Lohnaufzucht in jetziger Zeit sei doch wohl nicht am Platze, besonders angesichts der glänzenden Werks-gewinne. Die Versammlung schloß mit der Annahme einer Resolution, welche die Ausschussmitglieder aufforderte, bei der Verwaltung für weitere Aufbesserung der Löhne einzutreten.

Belegschaftsversammlung der Zeche Carl Friedrich Erdmann.

Eine vom Arbeiterausschuß einberufene und geleitete Belegschaftsversammlung tagte am 25. Juni, im Lokale des Herrn Gaarmann in Etzapel. Zunächst erstattete der Arbeiterausschuß Bericht über seine Tätigkeit. Demselben ist zu entnehmen, daß die Verwaltung die Anregungen und Anträge des Arbeiterausschusses vielfach unberücksichtigt läßt. So ist ein Mißstand in der Waschküche, der in einer Ausschussung im Dezember 1915 zur Sprache gebracht wurde, bis heute noch nicht behoben. Insbesondere behandelt der Betriebsinspektor Wehring die Ausschussmitglieder gern von oben herab. Die Direktion ist entgegenkommender und hat z. B. eine Anordnung der Verwaltung, daß die Bergarbeiter in den Sommermonaten nur jeden zweiten Monat einen Wagen Brandlohn erhalten sollten, rückgängig gemacht, allerdings mit der Bedingung, daß jeder, der Anspruch erhebt, sich eine Bescheinigung vom Betriebsführer ausstellen lassen muß, was früher nicht der Fall war.

Es wurde dann Bericht erstattet über das Vermögen der Kriegs-familienkasse sowie der Unterstützungs-kasse. Zum Schluß forderte der Arbeiterausschuß auf, etwaige Wünsche oder Beschwerden über

Wirkende zu melden; dieses Material würde ohne Namensnennung der Verwaltung unterbreitet. In der Diskussion wurde Klage geführt, daß die Arbeiter und Kolonialwarenhändler sich weigerten, die für die Bergarbeiter neu herausgegebenen Zusatz-Brotmarken anzunehmen, angeblich, weil ihnen große Schwierigkeiten beim Umwechseln derselben entstünden. Auch wurden auf Friedrich Karl den Arbeitern anstatt 7 Zusatzmarken, nur 6 verpfändet. Es sei vorgekommen, daß man Jugendlichen unterirdisch beschäftigten Personen die Zusatzkarte verweigert habe mit Rücksicht auf ihr jugendliches Alter. Das ist unstatthaft, denn die Verfügung lautet, daß sämtliche unterirdisch beschäftigten Arbeiter, ferner die Stollenarbeiter sowie die Feuerarbeiter die Zusatzkarte erhalten" sollten.

Auch wurde geklagt, daß für die Weibchen jeden Sonnabend auf der Höhe noch eine Warenansage stattfinden. Die Organisationsvertreter Krumpholtz und Walbächer schälten den Verlauf der stattgefundenen Verhandlungen mit den verschiedenen Ressorts der Regierung, sowohl als mit den Kommunalbehörden. Bezüglich der Lohnsteigerungen sei zu sagen, daß sie nicht als Ausgleich für die Teuerung betrachtet werden könnten. Die Werksbesitzer seien ganz gut bei den außerordentlich hohen Lebenspreisen in der Lage, den Forderungen der Bergarbeiter mehr Gehör zu schenken. Die Arbeiter hätten bisher alle Opfer, die ihnen durch die Verleisterscheinungen des Krieges auferlegt worden seien, getragen. Wenn alle Löhne so gehandelt, dann würde es besser um die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Bezüglich des Durchhaltens wurde weiter erwähnt, daß es sehr recht trübselige Tage seien, die wir durchleben und die nächsten Wochen würden noch keine Besserung bringen. Die Schwierigkeiten zur Sicherstellung der Ernährung während des Krieges seien schon recht groß gewesen, würden aber noch nicht heranreichen an die Schwierigkeiten der nächsten Wochen, bis wir an die neue Ernte gehen könnten. Am empfindlichsten mache sich die Knappheit an Kartoffeln, dem Hauptnahrungsmittel der unterbezahlten Bevölkerung, sehr bemerkbar. Die Verwaltung der Kriegs-Familienkasse solle jetzt tiefer in denbeutel greifen zugunsten der Kriegerväter und der aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter. Bei einem Bestande von über 28 000 Mark sei das nicht nur möglich, sondern Pflicht der Verwaltung.

Zum Schluß wurden die Unorganisierten aufgefordert, sich zu organisieren, denn gerade sie seien es, die den organisierten Bergarbeitern als Weigewicht an den Nachschüssen hängen.

Belegschaftsversammlung der Zeche Kolonnenblumendelle.

Am 25. Juni fand im Lokale des Wirts in der Zeche in Schönebeck eine Belegschaftsversammlung der Zeche Kolonnenblumendelle (Schacht Kronprinz) statt. Das Lokal war überfüllt. Der Ausschuss erstattete Bericht von der letzten allgemeinen Ausschuss-Sitzung. Die Punkte wurden einzeln mitgeteilt und gleichzeitig wurde dann gesagt, wie sich die Verwaltung dazu geäußert habe. Es gab eine rege Diskussion über die Lohnfrage. Die Belegschaft war der Ansicht, daß der Mülheimer Bergwerksverein gerade so gut in der Lage wäre, höhere Löhne zu zahlen wie andere Zechen. Löhne von 7 Mark und noch darunter wären bei den heutigen hohen Lebensmittelpreisen doch zu niedrig. Auch wurde Beschwerde geführt, daß in der Waschküche die Brausen manchmal nicht alle liefen. Die Lampenreparaturen wurden ebenfalls angeordnet und daß auch Abfälle gesammelt werden könnten. Auch über die Versorgung mit Lebensmitteln wurde verhandelt. Die Belegschaft wäre der Verwaltung dankbar, wenn sie sich alle Mühe geben würde, um Lebensmittel zu beschaffen, ist aber der Ansicht, daß nicht Einzelne bevorzugt werden sollen. Die Werksvereinsmitglieder (Weibchen) werden bevorzugt, was allgemeine und berechtigte Entrüstung hervorruft.

Eine Explosion des Munitionslagers auf Zeche Oberhausen

erfolgte am 26. Juni, morgens um 3 1/2 Uhr auf der 6. Sohle (Süden). Da nun die Nachschicht Samstagabend anfahren muß, befanden sich glücklicherweise nur 28 Mann in der Grube (Mischmeister und Wetterkontrollen). Von den Beamten der Zeche wurde alles versucht, um den Zugang zur Unfallstelle zu erzwingen. Obwohl die ersten Rettungsmannschaften befehlungslos wurden und erst geborgen werden mußten, wurde versucht, direkt zur Unfallstelle auf der 6. Sohle zu gelangen, was aber nicht gelang, weil mehrere große Risse durch die Explosion entstanden waren. Bei dem Versuch, von der 4. Sohle aus dorthin zu gelangen, wurde der Schichtmeister Sidmann gerettet. Der Wetterkontrollenr Schlieper konnte jedoch nicht gerettet werden. Auch vom Schacht III aus versuchten Rettungsmannschaften zur Unfallstelle zu gelangen; hier wurden jedoch befehlungslos und man mußte zunächst auf deren Rettung bedacht sein. Drei hiervon konnten durch Sauerstoffapparate wieder zum Leben gebracht werden, bei dem vierten waren alle Versuche ohne Erfolg. Als ein Glück ist es unter diesen Umständen noch zu bezeichnen, daß das Unglück nicht eine Stunde später entstanden ist, während die Schichtfahrt stattfand, die Verluste an Menschenleben wären dann unumkehrbar viel größer gewesen. Auf welche Weise das Unglück entstanden ist, konnte nicht festgestellt werden. Die Sache ist um so rätselhafter, da in dieser Nachschicht nicht geschossen wurde. Demnach müßte eine Selbstentzündung vorliegen.

Die Verteuerung der Getreidepreise auf Zeche Neumühl

wurde im Mai d. J. so spät bekannt, daß sich die Arbeiter nicht mehr entsprechend mit ihrem Verbrauch einrichten konnten und darum besonders empfindlich benachteiligt wurden. Der Preis stieg von 11 auf 18 Pf. für jede Katrone, also um 63,6 Prozent. Es kam nun dieserhalb zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Herrn Direktor Wentrop, sämtlichen Beamten und dem Arbeiterausschuss. Durch den Arbeiterausschuss wurde geltend gemacht, daß einzelne Kameradschaften durch die Verteuerung um bis zu 70 Pf. pro Schicht benachteiligt worden seien. Der Direktor erklärte: „Die Verteuerung des Getreides ist uns selbst zu spät bekannt geworden; die Kameradschaften, welche schwer geschädigt wurden, sollen sich mit dem Steiger bei dem in Frage kommenden Betriebsführer melden, dann werden sie den im Mai abgehaltenen Mehrbetrag zurückbekommen.“ Mögen sich also die in Betracht kommenden Kameradschaften melden.

Zur Erhöhung der Brotzotationen für die schwerarbeitende Bevölkerung.

besonders aber für die Bergarbeiter unter Tage und die Feuerarbeiter in der Hüttenindustrie sind, wie unserem Vorsitzenden Sachse auf Anfrage vom Kriegs-Ernährungsamt mitgeteilt wurde, entsprechende Pechmengen überwiesen worden. Die Erhöhung soll gleichmäßig sein, ist es aber nicht überall. So wird uns von Zeche Leutsburg mitgeteilt, daß zunächst nur an die unterirdisch beschäftigten Arbeiter mit mindestens drei Kindern Zusatz-Brotmarken gegeben wurden. Vom 26. Juni ab erfolgte die Ausgabe nur an unterirdisch beschäftigte verheiratete Arbeiter, welche Kinder haben, während die unterbezahlten und ledigen Arbeiter leer ausgingen. Auf Beschwerde jagte der Betriebsführer Kellermann, der selbe Arbeiterausschuss habe so beschloffen. Über die Verteilung an sich hat nun weder eine Zechenverwaltung noch ein gelber Arbeiterausschuss zu beschließen, sie hat zu erfolgen, wie es von den berechtigten Zuständen angeordnet wird. Danach haben Anspruch auf die Zusatz-Brotmarken die unterirdisch beschäftigten Arbeiter, ganz gleich ob sie verheiratet oder ledig sind, ob sie Kinder haben oder nicht. Die Arbeit wird doch auch nicht von den Familien geleistet und darum haben auch diese, insbesondere um ihre Familienverhältnisse, Anspruch auf die Zusatz-Brotkarte. Es ist bedauerlich, daß durch solche Eigenmächtigkeiten die ohnehin vorhandene Unzufriedenheit noch vermehrt wird.

Zulagen für die schwer Arbeitenden.

Vom Präsidenten des Kriegs-Ernährungsamts, Grafen v. Batocki, erhielt unser Vorsitzender Sachse folgendes Schreiben:

„Berlin W 8, den 30. Juni 1916.
An Herrn Herrn. Sachse, Bochum, Wiemelhauser Straße 40.
In Betreff der in Düsseldorf stattgefundenen Besprechung beehre ich mich, ergebenst mitzuteilen, daß die auf den Kopf des besonders schwer Arbeitenden der Kriegsindustrie entfallende Zulage pro Woche 75 Gramm Margarine und 150 Gramm Fleisch beträgt. Daneben wird den Arbeitern pro Woche ein Quantum von zusammen circa 1 Kilogramm Süßfrüchte, Graupen, Haferflocken usw. zur Verfügung gestellt werden.“
v. Batocki.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Konferenz der Bergarbeiter der Ober- und Niederlausitz.

Am 25. Juni 1916 tagte im Konzerthaus Kottbus in Kottbus eine Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, die von Delegierten aus der Niederlausitz, der Oberlausitz, der Alt- und Neumark sowie aus Schlesien besucht war. Nach einem eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Verbandes, den der Vorsitzende des Verbandes, der Reichstagsabg. Sachse, gab und einem anschließenden Bericht des Bezirksleiters über die Verhältnisse im Gebiet, nahm die Konferenz einstimmig nachstehende Entschlüsse an:

„Die heute, den 25. Juni 1916, im Konzerthaus Kottbus tagende Bezirkskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands nimmt Kenntnis von der Tätigkeit der Verbands- und Bezirksleitung und erklärt: Wir sind mit der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung der Verbandsleitung und der „Bergarbeiter-Zeitung“ zu den durch den Krieg aufgetauchten Streitfragen voll und ganz einverstanden und erkennen an, daß die Verbands- und Bezirksleitung gemeinsam mit den anderen Arbeiterorganisationen bemüht gewesen sind, die Interessen der Bergarbeiterschaft erfolgreich wahrzunehmen. Die Konferenz beauftragt die Verbands- und Bezirksleitung, weiter in diesem Sinne tätig zu sein. Weiter müssen wir konstatieren, daß die in der Braunkohlenindustrie der gesamten Lausitz gezahlten Löhne nicht den teuren Lebensverhältnissen entsprechen. Wir bedauern, daß die Unternehmer in der letzten ersten, schweren Zeit und bei ihren günstigen Geschäftsergebnissen den Arbeitern nicht weiter entgegengekommen sind und auf die Eingaben der Belegschaften die Löhne nur um 20–30 Pf. pro Schicht erhöht haben, trotzdem die Vorbereitung in ganz minimalen Grenzen gehalten war. Bei den gegenwärtigen Lebensverhältnissen ist es uns nicht möglich, auf die Dauer arbeiten- und leistungsfähig zu bleiben. Ein Sinken der Arbeitskraft und Leistung bedeutet aber für die Allgemeinheit einen großen Schaden. Aus diesem Grunde müssen wir erneut die Forderung erheben: Entweder zähle man uns höhere Löhne oder verschaffe uns billigere Lebensmittel. Auch erwarten wir von den Gemeinden und Behörden, daß sie die Bergarbeiterbevölkerung ausreichend mit preiswerten Lebensmitteln versorgen. Bisher ist das nicht geschehen. Wir sprechen erneut aus, daß auch wir gewillt sind, durchzuhalten, müssen aber verlangen, daß uns das Durchhalten durch Gewährung höherer Löhne und billiger Lebensmittel ermöglicht wird. Mithinbedeutet an der schlechten Lebenslage sind auch die unorganisierten Arbeiter auf den Werken. Wir verpflichten deshalb, alles zu tun, um dieselben für die Organisation zu gewinnen.“

In der Debatte führten die Delegierten lebhaft Klage über das Arbeitsverhältnis und die Versorgung mit Lebensmitteln. Namentlich wurde festgestellt, daß seitens der einzelnen Kommunalverbände und Behörden den Bergarbeitern das nicht gegeben wird, was ihnen durch die Erklärungen der Regierung und des Ernährungsamtes zugesichert sei. Es wurde sogar berichtet, daß am Ende des Monats Bergarbeiter nicht zur Arbeit kamen, weil sie keine Lebensmittel mehr hatten. Es wird dringend notwendig, daß sich die höheren Instanzen mit der Lebensmittelversorgung der Arbeiterschaft in dem ständigen Braunkohlengruben einmal ernstlich befassen und für eine generelle Regelung sorgen.

Königreich Sachsen.

Die Lohnverhältnisse auf den Bräunenberg-Schächten

sind sehr verbesserungsbedürftig, das beweisen die nachstehenden Löhne eines Grubenbauers, welche pro Schicht betragen:

	1914	1915	1916
Januar	4,84 Mk.	4,69 Mk.	4,83 (0,80) Mk. *)
Februar	4,80 "	4,08 "	5,- (0,80) "
März	4,48 "	4,70 "	4,78 (0,80) "
April	4,14 "	4,89 (0,80) Mk. *)	5,25 (0,80) "
Mai	4,01 "	5,16 (0,80) "	5,28 (0,80) "
Juni	4,18 "	5,11 (0,80) "	
Juli	4,02 "	5,03 (0,80) "	Für 150 Schichten
August	4,- "	5,15 (0,80) "	781,61 Mk.
September	5,81 "	5,11 (0,80) "	Abzüge 34,67 "
Oktober	4,12 "	5,21 (0,80) "	
November	5,18 "	5,- (0,80) "	bleiben 746,94 Mk.
Dezember	5,82 "	6,- (0,80) "	

Für 303 Schichten 1848,78 Mk. Für 334 Schichten 1719,81 Mk.
Abzüge 70,70 " Abzüge 84,55 "

bleiben 1264,03 Mk. bleiben 1620,26 Mk.

Daß diese Löhne unter den jetzigen Verhältnissen nicht ausreichend sind, braucht nicht erst gesagt zu werden. Dabei stehen die Gebirge teilweise nicht höher wie vor 20 bis 25 Jahren. Der Hund-Stunden wurde damals mit 1 Mark und die Markthöhe mit 80 Pf. bezahlt. Dabei will man den Arbeitern weismachen, sie verdienen viel Geld. Wenn aber nichts verdient wird, was infolge ungünstiger Preisverhältnisse öfters passiert, dann sagt der Herr Obersteiger Weiß, die Arbeiter wollen nicht mehr schaffen. Die Hunde werden immer größer gebaut, aber von einer Gebirgerhöhung da hört man nichts. Wenn sich die Löhne etwas verbessert haben, so nicht etwa, weil die Gebirge erhöht worden sind, sondern hauptsächlich durch Verfahren von Ueber- und Sonntagschichten. Wenn der Herr Obersteiger Weiß nach dem 1. die Ausbeute ansetzt, da hört man mitunter Gewinne von 60, 70, 80 Pf. und so geht es fort. Zuguterletzt: das Gebirge bleibt stehen, 3,40 oder 3,50 Mk. Schichtlohn und 60 Pf. Gewinn macht 4 bis 4,10 Mk., dazu kommen 80 Pf. Feuerungszulage, macht zusammen 4,80 bis 4,90 Mark. Davon gehen noch die Pensionen, Kranken-, Alters- und Invalidengelder ab. Die Gebirge können und müssen erhöht werden, sonst können die Arbeiter nicht durchhalten.

Am 28. April 1916 ist eine Eingabe an den Verein für die Bergbauischen Interessen des Zwickauer und Lugau-Deßnitzer Reviers gemacht worden, wo für jeden Bergarbeiter unter und über Tage eine Kinderzulage von 2 Mark pro Kind und Monat ab 1. Mai 1916 verlangt wird. Dazu schreibt der Vorstand des Bergbauischen Vereins für das Zwickauer und Lugau-Deßnitzer Revier:

„Der Beschluß des Bergbauischen Vereins geht dahin, daß ab 1. Mai d. J. eine Kinderzulage von 2 Mark pro Kind und Monat vom dritten Kinde ab gewährt wird. In Frage kommen nur Kinder unter 14 Jahren, Familien mit ein oder zwei Kindern erhalten nichts. Die Kinderzulage auch für das erste und zweite Kind zu gewähren, würde die Werke allzu stark belasten. Deren Leistungsfähigkeit ist durch die gestiegenen Löhne und Feuerungszulagen, durch die freiwilligen Unterstützungen der Familien der Kriegsteilnehmer und durch die teilweise in unerhörtem Maße steigenden Einkaufspreise aller Betriebsmaterialien bereits auf das äußerste in Anspruch genommen. Die gestiegenen Kohlenpreise vermögen diese Mehrbelastungen nur teilweise auszugleichen, weil die gestörte Kohlenmenge erheblich gesunken und infolgedessen in ein allzu ungünstiges Verhältnis zum Betriebsumfang und Betriebsaufwand gekommen ist.“

Das ist also die Entschuldigung, weshalb das erste und zweite Kind leer ausgehen soll. Wie wenig stichhaltig dieselbe ist, haben wir wiederholt nachgewiesen. Zu den freiwilligen Unterstützungen der Familien der Kriegsteilnehmer tragen die Bergarbeiter die Hälfte, die Beamten und die Werke die andere Hälfte. Also mit der Mehrbelastung durch gestiegene Löhne und die freiwilligen Unterstützungen der Familien der Kriegsteilnehmer ist es nicht allzu weit her.

*) Die eingeklammerten Ziffern sind Feuerungszulagen.

Gehobte Feuerungszulagen.

Durch Anschlag wurde auf den Werken des Zwickauer und Lugau-Deßnitzer Reviers den Belegschaften bekannt gemacht, daß ab 1. Juli die Feuerungszulage für alle verheirateten Arbeiter 1 Mark, für alle ledigen Arbeiter und Witwen, welche keinen selbständigen Haushalt führen, 60 Pf., für alle Arbeiter unter 16 Jahren 50 Pf. pro Schicht beträgt. Eine am 2. Juli stattgefundene Konferenz beider Reviere hat sich neben anderen Fragen auch mit der Lohnfrage beschäftigt. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

„Die heutige Vertrauensmänner-Konferenz der organisierten Bergarbeiter des Zwickauer und Lugau-Deßnitzer Reviers nimmt Kenntnis von der erneuten Bewilligung einer Feuerungszulage seitens der Werksbesitzer. Die Konferenz erkennt an, daß die Werksbesitzer bemüht sind, die schwere Lage der Bergarbeiter zu mildern, bedauert aber lebhaft, daß dieses bis jetzt in nicht genügender Weise geschehen ist. Die ab 1. Mai gewährte Kinderzulage kommt nur wenigen Ar-

beitern zugute und bedeutet für die Werke eine sehr mäßige Belastung. Die Konferenz ist der Meinung und wünscht dringend, daß vor allen Dingen der Lohn pro einfache Schicht ein höherer sein muß. Die jetzige Lohnsteigerung beruht in erster Linie auf verlängelter Arbeitszeit. Die Konferenz beauftragt deshalb die Vertreter der Bergarbeiterorganisation, in einer weiteren Eingabe die hier zum Ausdruck gebrachten Wünsche den Werksbesitzern zu unterbreiten und um eine erneute, den Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung nachzusuchen. Sie ist ferner der Meinung, daß die Werksbesitzer den Arbeitern in der Lohnfrage viel weiter als bisher hätten entgegenkommen müssen, wenn ihnen das notwendige Durchhalten der Arbeiter wichtig erscheint. Die Konferenz erwartet deshalb weitestgehende Berücksichtigung ihrer Wünsche. Des weiteren richtet die Konferenz an die verantwortlichen Stellen in der Lebensmittelversorgung die dringende Mahnung, den Bergarbeitergemeinden mehr als bisher genügend Lebensmittel zuzuführen. Hier ist schnelle und weitestgehende Hilfe notwendig, wenn nicht bereits bestehende Gefahren noch verschlimmert werden sollen, was aufs tiefste zu bedauern wäre.“

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Geführte Obersteigen.

In Nr. 35 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 28. August 1915 veröffentlichte wir über „Beschwerden obersteigender Bergarbeiter“. Wir schrieben damals u. a. folgendes: „Am 5. August konnten wir sogar auf dem Kattowitzer Bahnhof einen Bergarbeiter, der zwar nicht mehr in Staatsdiensten steht, sondern Angehöriger der bekannten ober-schlesischen Unternehmervereinigung ist, beobachten, der aus nichtsfagen Gründen sehr fälschliche Obersteigen zu verabsichtigen beabsichtigt.“ Um welchen Bergarbeiter es sich hierbei handelte, ist aus einer Bekanntmachung ersichtlich, die am 25. Juni 1916 in der „Kattowitzer Zeitung“ veröffentlicht wurde und folgenden Wortlaut hat:

„Zu der Privatklage des Kaufmanns Emanuel Kozal in Kattowitz, Privatkläger, gegen den Bergarbeiter Knochenhauer in Kattowitz, Angeklagter, wegen Mißhandlungen in Kattowitz mit Verleumdung, hat das königliche Schöffengericht in Kattowitz am 22. Februar 1916 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Mißhandlung in einheitlichem Zusammenhang mit tätlicher Verleumdung zu 75 — fünfundsiebzig — Mark Geldstrafe, hilfsweise 25 — fünfundzwanzig — Tagen Gefängnis verurteilt. Er hat auch die Kosten des Verfahrens zu tragen. Der Verleumdete, Kaufmann Emanuel Kozal in Kattowitz, darf die Verurteilung des Angeklagten wegen Verleumdung binnen 4 Wochen in folgender Fassung: „Der Angeklagte wird wegen tätlicher Verleumdung zu 75 Mark Geldstrafe, hilfsweise 25 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hat auch die Kosten des Verfahrens zu tragen.“ durch einmalige Einrückung in der „Kattowitzer Ztg.“ und in der „Oberschlesischen Rundschau“ in Kattowitz öffentlich bekannt machen.

Die Mithinbedeutung der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.

Kattowitz, den 9. Juni 1916.

Im p. l.

Unterschiedssekretär und Geschäftssekretär des Kgl. Amtsgerichts. Herr Bergarbeiter Knochenhauer ist Geschäftsführer des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins!

Saargebiet und Reichslande.

Belegschaftsversammlung in Spittel.

Am 24. Juni fand im Lokale des Herrn Wehle in Spittel eine Belegschaftsversammlung der in Spittel liegenden Schächte II, VI und Walbina Müller statt. Kamerad Faber erstattete Bericht über die Tätigkeit des Arbeiterausschusses während der Kriegszeit. Er betonte, daß zwar die Gehirgslöhne etwas in die Höhe gegangen seien, aber nicht durch Erhöhung der Gebirge, sondern durch bessere Fürsorgeverhältnisse und Ueberanstrengung der Arbeiter. Die Lohnverhältnisse der Schichtführer hätten sich nicht wesentlich verbessert. Durch die Zulage des Kindergeldes von 10 Pf. pro Schicht und Kind und der Prämie von 5 Mark monatlich sei die Betriebsdirektion der Belegschaft entgegengekommen, aber immerhin wären die heutigen Lohnverhältnisse der jetzt bestehenden Teuerung nicht angepaßt. In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß die monatliche Prämie von 5 Mk. nur zwei Monate lang ausbezahlt worden sei, seither nicht mehr. Einige Arbeiter wollen gar keine Prämie erhalten haben, trotzdem sie familiäre Haupt- und Ueberführer verfahren haben. Die Versammlung ließ die bereits eingereichte Eingabe des Ausschusses von Merlenbach, Schacht V, gut. Nur soll den Ausschussmitgliedern der Spitteler Schächte eine Abschrift zum Unterzeichnen übergeben werden.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 28. Woche (vom 2. bis 8. Juli 1916) fällig. Wir bitten unsere Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

An unsere Ortsverwaltungen!

Auf verschiedene Anfragen teilen wir mit, daß das polnische Organ „Oświata“ monatlich nur einmal erscheint.

Bücherrevisionen.

In folgenden Büchereien findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:

Alteneffen II. Vom 8. bis 26. Juli.
Vork-Selun. Vom 15. bis 31. Juli.
Eichlinghofen. Am 25. Juli.
Essen-Altendorf. Vom 15. Juli ab.

Adressenveränderungen.

Zügendorfsmund. Der Knappschäftsstelle Zheis wohnt vom 1. Juli ab Moltkestraße 13, parterre.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

Wilhelm Stief, Nieder-Altkircher.	Georg Jantke, Guben.
Richard Kapsdorf, Rahna.	Karl Radner, Werlich.
Fritz Petring, Cuccenburg.	Max Otto, Zwickau.
Emil Bogel, Deßnau.	Wilhelm Sperling, Solleben.
Bau Jentner, Deßnau.	Gustav Germinth, Buer.
Alfred Borges, Deßnau.	Wilhelm Dahm, Bochhausen.
Richard Beder, Weismar.	Konrad Schröder, Vasinghausen.
Bernhard Horn, Bochum.	Otto Baumann, Landau.
Heinrich Maczka, Wattencheid II.	Hermann Bieler, Landau.
Josef Rojal, Schachmar.	August Hubers, Bochum I.
Heinrich Koch, Weismar II.	Kurt Dörfler, GutsMuths-Niedererndorf.
Heinrich Wollgemuth, Ahlen.	Wenzel Kalup, Gersdorf.
Georgian Lambert, Ahlen.	Alfred Rittler, Neutirchberg.
Josef Henke, Frintrop.	Ernst Bräunig, Neutirchberg.
Gustav Dredage, Wellinghofen.	Josef Wenzel, Stecke. (3080)

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Machtung Knappschäftsstelle!

Kommission Herne.

Sonntag, den 9. Juli 1916, nachmittags 3 Uhr, im Gemeindegasthaus II in Datteln. Der Obmann.

Knappen-Unterstützungs-Verein Hahlinghausen

Sonntag, den 16. Juli 1916, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal (Fr. W. Jansen).

General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Regelung der Mitgliedschaft. 2. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.